

**Niederschrift über die 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung am Dienstag,
25.05.2021, 18:30 Uhr in der Riemannhalle, Riemannstraße, 23909 Ratzeburg**

Anwesend :

Vorsitzender

Herr Ottfried Feußner

Von der CDU-Fraktion

Frau Nina Bandahl

Herr Martin Bruns

Herr Michael Jäger

Herr Henry Lucassen

Herr Klaus Nickel

Herr Prof. Dr. Ralf Röger

Herr Lars Rothfuß

Herr Dr. Carsten Stemich

Frau Marion Wisbar

Von der FRW-Fraktion

Herr Andreas von Gropper

Herr Jürgen Hentschel

Herr Otto Rothe

Herr Hagen Winkler

Von der SPD-Fraktion

Herr Matthis Hack

Frau Bärbel Kersten

Frau Erika Maeder

Herr Uwe Martens

Herr Matthias Radeck-Götz

Herr Carsten Ramm

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Helma Burazerovic

Frau Elke Kummetz

Herr Dr. Torsten Walther

Herr Klaus-Stefan Clasen

Frau Waltraud Clasen

Von der BfR

Herr Sami El Basiouni

Herr Markus Schudde

Von "Die Linke"

Herr Michael Schröder

Ferner

Frau Vivian Ndubuisi

Herr Jürgen Pfeiffer

Frau Neda Rahmani

Herr Lucca Rosenkranz

Herr Niclas Ulrich

Protokollführung

Herr Lutz Jakubczak

Von der Verwaltung

Frau Maren Colell

Herr Burkhard Gramsch

Herr Bürgermeister Gunnar Koech

Herr Axel Koop

Herr Mark Sauer

Herr Michael Wolf

Entschuldigt:

Von der FRW-Fraktion

Herr Werner Rütz

Herr Heinz Suhr

Von der FDP

Herr Dr. Jens Bade

Öffentlicher Teil

Top 1 - 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung v. 25.05.2021

Eröffnung der Sitzung durch die/den Vorsitzende/n und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Stadtpräsident:

Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte Platz.

Sehr geehrte Damen und Herren, bevor ich die Sitzung offiziell eröffne, erlauben Sie mir folgenden Hinweis. Auch wenn die Umstände hier in der Riemannsporthalle anders vermuten lassen, handelt es sich hier heute um eine ordentliche Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Ratzeburg. Dementsprechend gilt die Geschäftsordnung der Stadtvertretung, die in § 25 Beifall oder Missbilligungsäußerungen genauso untersagt, wie störende Unruhe. Ich bitte darum, das zu respektieren und bitte bereits im Vorfeld um Verständnis, wenn ich auf die Einhaltung dieser Vorgaben zu achten habe. In diesem Sinne wünsche ich allen Beteiligten sowie allen Zuhörerinnen und Zuhörern einen guten Sitzungsverlauf.

Hiermit eröffne ich die 19. Sondersitzung der Stadtvertretung der Stadt Ratzeburg der Wahlperiode 2018/2023, stelle fest, dass rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Stadtvertretung beschlussfähig ist. Ich begrüße besonders die Damen und Herren der Stadtvertretung sowie im Zuhörerraum und die Vertreter der Presse sowie der Verwaltung ganz herzlich. Zum Protokollführer wird Herr Jakubczak bestellt. Entschuldigt fehlen Herr Dr. Jens Bade, Herr Werner Rütz und Herr Heinz Suhr, die sich ordnungsgemäß abgemeldet haben.

Top 2 - 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung v. 25.05.2021 Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Stadtpräsident:

Wir kommen jetzt zur Tagesordnung (TO). Den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern liegt die TO vor. Ich habe die Sitzung eröffnet, die Anwesenheit 31 – 3 = 28 stimmberechtigte Mitglieder in der heutigen Sitzung. Anträge zur TO mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit der TO entfallen in meinen Augen, nachdem ich Ihnen mitgeteilt habe, dass der TOP 8 „Nachbesetzung des Fachbereichsleiters Bürgerdienste“ seitens der Verwaltung zurückgezogen wurde. Somit haben wir nur einen öffentlichen Teil zu behandeln. Gibt es Ihrerseits Anträge zur TO? Ich sehe, das ist nicht der Fall, dann gilt die TO so als genehmigt wie Sie Ihnen vorliegt, ohne den TOP 8.

Top 3 - 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung v. 25.05.2021 Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern

Stadtpräsident:

Wir kommen zum TOP 3 „Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Ratzeburg“. Da gibt es eine Bestimmung in unserer Hauptsatzung, es ist gestattet, eine Frage, eine Zusatzfrage, es ist nicht unbedingt der Tatsache entsprechend, dass jeder unmittelbar eine Antwort erhält, es kann auch sein, dass die Antwort schriftlich nachgereicht wird. Das zur Formalie. Moment Herr Balowski, lassen Sie mich doch erst einmal zu Ende sprechen.

So meine Damen und Herren, ich eröffne die Einwohnerfragestunde und bitte um Wortmeldungen. Nennen Sie bitte Ihren Namen und dann können wir loslegen. Das Wort erteile ich zunächst Herrn Balowski.

Herr Balowski:

Ja, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren. Es ist also schön zu sehen, dass die Stadtvertretung sich mal in die Vorstadt begeben hat und dann man auch jetzt sieht, wie die Verkehrsprobleme hier oben aussehen. Ich bedauere es natürlich, dass wir hier oben im Mecklenburger Viertel keinen Stadtvertreter wohnen haben und würde mich also freuen, wenn mal sich einer Sache annimmt, die jetzt fast 2 Jahre alt ist. Die Genossenschaft hier in dem Bereich hat sämtliche Parkplätze mit sogenannten Parkwächtern versehen. Bedeutet, dass man, wenn man dort parken möchte, nur noch gegen Entgelt dort stehen kann. Bedeutet, dass die Leute aus der Riemannstraße ihre Autos in die Schönberger Straße stellen, dass die aus der Schönberger Straße, wenn sie nach Hause kommen, in die Mecklenburger Straße ausweichen und ich habe mir mal angeschaut, wenn man vom Mecklenburger 21 bis zum Molzahner Weg schaut, sind 65 Parkplätze eingezogen worden und es gibt nur ganz,

ganz wenige Anlieger, die sich dort einen Parkplatz gemietet haben. Die Situation zeigt sich also schon an Wochenenden und Feiertagen, dass hier alles dicht ist und ich habe ja schon einmal gesagt, obwohl ich im Ruhestand bin, hört es ja nicht auf, dass man sich bei mir beschwert und mittlerweile sogar der Fahrer des Spülfahrzeuges, der also gar nicht mehr zum ordnungsgemäßen Spülen an die entsprechenden Ringe rankommt. Dem habe ich gesagt, er soll sich bei der Stadt beschweren, aber da fällt ihm wahrscheinlich auch nur die Klappe runter. Ich bitte also mal darum, dass man eine Verkehrsschau macht und den Bereich Mecklenburger Straße sich dieser Sache endlich mal annimmt, um entsprechend Verkehrszeichen aufzustellen oder in irgendeiner Form Abhilfe zu schaffen. Dankeschön.

Stadtpräsident:

Dankeschön Herr Balowski. Die Verwaltung hat das mitgehört, insofern gehe ich davon aus, dass das zu Protokoll genommen wird. Danke. Gibt es weitere Fragen. Herr Dr. Bade aus dem Seniorenbeirat.

Herr Dr. Bade:

Ja, mein Name ist Dirk Bade, ich spreche heute nicht für den Seniorenbeirat, sondern als Ratzeburger Anwohner. Mir geht es um den TOP die sich dem Abwahlverfahren und dem Zutritts- und Dienstverbotes des Bürgermeisters beschäftigen und eine einfache Frage an die Antragsteller dazu ist: Welche Argumente werden Sie vorbringen, wenn der Bürgermeister gegen eine mögliche Mehrheitsentscheidung klagt? Dankeschön.

Stadtpräsident:

Dankeschön Herr Dr. Bade, dass wird wahrscheinlich, vielleicht Aufschluss aus den Anträgen nachher möglich sein, aber zum jetzigen Zeitpunkt kann Ihnen da keiner drüber Auskunft erteilen. Gibt es weitere Wortmeldung? Herr Dawert bitte.

Herr Dawert:

Ja, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter. Ich möchte hier heute eine Richtigstellung abgeben. Wer mich nicht kennt, ich bin Michael Dawert, Ehrengemeindewehrführer der Stadt Ratzeburg, wohnhaft in Ratzeburg, also auch eben Ratzeburger Bürger. Ich bin seit 45 Jahren in der Freiwilligen Feuerwehr Ratzeburg. Die Freiwillige Feuerwehr Ratzeburg hat über 90 Mitglieder, die sich alle ehrenamtlich engagieren. In den 45 Jahren meiner Tätigkeit im Dienste der Feuerwehr habe ich bereits mehrere Bürgermeister kennen und schätzen gelernt. Ganz bewusst nehme ich diese Sitzung zum Anlass und stelle mich vor meine Kameradinnen und Kameraden, den wiederholt seitens des Bürgermeisters untersagt wurde, sich in dieser Angelegenheit zu äußern. Ich bin unabhängig, Nachteile habe ich nicht zu befürchten. Entgegen der Aussage des Bürgermeisters und der entsprechenden Pressemitteilung, besteht zwischen dem Bürgermeister und der Feuerwehr sehr wohl ein Zerwürfnis. Die jetzige Situation ist für alle freiwillig engagierten Feuerwehrleute unzumutbar. Mit Menschlichkeit, Kameradschaft und Transparenz hat dieses Verhalten des Bürgermeisters nichts mehr zu tun. Ich danke.

Stadtpräsident:

Dankeschön Herr Dawert. Das war eine Stellungnahme des Ehrenwehrführers der Stadt. Keine Frage, keine Anregung. Herr Christiansen bitte.

Herr Christiansen:

Ich bin Hauke Christiansen, ich habe vor 2 Jahren die Kandidatenvorstellung für die Bürger-

meisterwahl in dieser Halle moderiert. Mehrfach habe ich dabei die im Landesrecht festgelegte Rolle des Bürgermeisters beschrieben. In Kurzform: Er hat in Ratzeburg eine Verwaltung mit etwa 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu leiten, er hat die Vorgaben der Stadtvertretung auf Rechtmäßigkeit zu prüfen und umzusetzen, er ist in der Stadtvertretung Gast ohne Stimmrecht, aber mit dem Recht, inhaltliche Vorschläge zu machen und er repräsentiert die Stadt bei verschiedenen öffentlichen Anlässen in Kooperation mit dem Bürgervorsteher.

Nach 2 Jahren fragt man sich, wieso es plötzlich so einen heftigen Konflikt gibt, über den wir in den Zeitungen lesen konnten. Auch in einer unerfreulichen Situation kann man, denke ich, immer noch etwas lernen und dazu möchte ich einige Anregungen geben. Grundsätzlich sind Konflikte leichter zu bearbeiten, wenn die Gegner sich auf eine gemeinsame vertragliche Grundlage beziehen können. Das ist in unserem Fall, das sind die Bestimmungen des Landesrechts im Zusammenhang mit der Bürgermeisterwahl und mit der Bürgermeisterrolle. Da gibt es offenbar gegensätzliche Auslegungen dieser gesetzlichen Festlegungen.

Zweitens, die Lösbarkeit von Konflikten hängt erheblich vom jeweiligen Eskalationsgrad ab. Bekannt ist eine Skala von 9 Stufen. In Kürze: Die ersten 3 Stufen sind noch mit gutem Willen zu lösen, aber nur, wenn man ein gemeinsames Ziel vor Augen hat. Die 2. Stufe, die Stufen 4 bis 6 beschreiben verschärfte Auseinandersetzungen, da geht es um Parteigänger, um Loyalitäten, um Diffamierungen der anderen Seite, zu konstruktiven Lösungsbeiträgen sind die Beteiligten dann nicht mehr in der Lage, da braucht man eine externe Person, die Abstand halten kann, nicht Partei ergreift. Das hat vermutlich nicht stattgefunden. Schließlich 3.: Aus den letzten 3 Stufen laufen verhärtete dauerhafte Grabenkämpfe, die andere Seite wird als bedrohlicher Gegner wahrgenommen, Vertrauen ist zerstört, so war es auch offiziell zu lesen. Auf der allerletzten Stufe geht es nur noch darum, der anderen Seite so sehr zu schaden, auch um den Preis, dass man dabei selbst ernststen Schaden nimmt. Das Motto wäre dann: Gemeinsam in den Abgrund. Das ist gut bekannt aus den Scheidungskriegen. Soweit ist es in Ratzeburg noch nicht, aber man ist jetzt im Bereich administrativer Lösungen angekommen. Übergeordnete Instanzen sollen dann administrative und juristische Lösungen beschließen, um Schlimmeres zu verhüten. Das ist hier offenbar der Fall. Fataler Weise erschwert das Schleswig-Holsteinische Landesrecht eine administrative Lösung in m. E. geradezu absurder Weise. In den Lübecker Nachrichten und im MARKT wurden die Bürgerinnen und Bürger über die Existenz dieses bereits hoch eskalierten Konfliktes informiert und auch darüber, dass Sie, die Bürgerinnen und Bürger, hier letztlich das entscheidende Wort zu sprechen haben, per Abwahl nämlich oder per Verweigerung der Abwahl. Wie soll ich als Bürger, als Bürgerin aber eine Entscheidung treffen, wenn ich nur bruchstückweise Einblick in diesen Konflikt haben kann. Wie hilfreich wäre ein solcher Einblick überhaupt noch, wenn der Konflikt schon auf einer ganz anderen Ebene, auf der administrativen nämlich, gelandet ist. In meinem Freundes- und Bekanntenkreis habe ich so gut wie niemanden gefunden, der über die rechtlichen Regelungen überhaupt informiert ist. Ich fürchte, das geht den meisten Ratzeburgerinnen und Ratzeburgern so ähnlich. Die müssen aber die letzte Entscheidung treffen. Umso wichtiger ist es meiner Meinung nach, dass alle wissen, was genau hier zur Entscheidung steht. Die Ratsparteien sind sich einig, dass die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister irreparabel beschädigt ist. Der Bürgermeister sieht das ganz anders. Er schüttet dafür aber kein Entgegenkommen. Falls es eine Chance für Meditation, für gütliche Einigung jemals gegeben hat, ist die jetzt vorbei. Begütigende Ermahnungen sind jetzt nicht dran. Die Arbeitsfähigkeit der Stadtvertretung muss gesichert werden. Wenn über die Wahrnehmung von Rolle und Zuständigkeiten völlig unterschiedliche Auffassungen bestehen, wie kann sie dann gesichert werden. Und genau zu dieser Frage müssen die Bürgerinnen und Bürger sich verhalten. Und da sehe ich, ich skizziere dazu zwei Möglichkeiten: Erstens: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger stimmt für die Abwahl. Dann muss die entstehende Vakanz von ehrenamtlichen Politikern überbrückt werden, der abgewählte Bürgermeister wäre sozial abgesichert. Bis zur nächsten Wahl gäbe es eine Art Notlösung. Dann ist aber zu befürchten, dass sich Ähnliches wiederholt. Zur Wahl stehen dann wieder Kandidaten, die nur 18 Jahre alt sein müssen und wahlberechtigt. Kurze Selbstdarstellungen enden dann damit, dass den Stadtvertretern jemand präsentiert wird, mit dem sie bitte vertrauensvoll zusammenarbeiten sollen. Zweite Möglichkeit: Die Bürgerinnen und Bürger stimmen gegen die Abwahl. Aus

Sympathie oder weil sie vermuten, dass sich da 31 Leute gegen eine Person verschworen haben. Der Bürgermeister bliebe dann im Amt. Der Dissens hinsichtlich seiner Rechte und Pflichten wäre nicht aufgelöst. Das Motto wäre dann kalter Dauerkonflikt, Lähmung der Stadtvertretung, fragliche Qualität der Verwaltungsleistung. Keine größere Firma wäre auf diese Weise lebensfähig. Was ist zu tun? Aus meiner Sicht geht es nicht um die Klärung von Schuldfragen, sondern es geht um die Funktionsfähigkeit der Stadtvertretung, und die ist gefährdet, wenn die landesrechtlichen Bestimmungen weiterhin so greifen, wie zurzeit. Frage also: Wie sind diese Rahmenbedingungen konstruktiv zu verändern? Wenn sie an den Bundestag denken, der will seit Jahren die Zahl der Parlamentssitze verkleinern, bisher keine Einigung. Das zeigt, wie schwierig so ein Weg ist. Schwere Frage also: Werden die Stadtvertreter in der Lage sein, sich dann auf ein sinnvolles Auswahlverfahren zu einigen und dafür die Zustimmung der Landesregierung einzufordern? Also, entweder Notfalllösung mit strategischer Perspektive oder kalter Grabenkrieg. Diese Verantwortung liegt bei den Ratzeburgerinnen und Ratzeburgern, und das müsste die Stadtvertretung der Öffentlichkeit sehr deutlich vermitteln. Dankeschön fürs Zuhören.

Stadtpräsident:

Vielen Dank Herr Christiansen. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wie? Herr Bigott, Entschuldigung, ich habe Sie nicht gesehen.

Herr Bigott:

Herr Stadtpräsident, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter. Ich sehe auch den alten Bürgermeister, Bürgermeister Ziethen.

Man muss schon tief durchatmen, wenn man so eine Situation, wie sie derzeit in Ratzeburg ist, sich vor Augen führt. Ja, bis jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren und meine Damen und Herrn Stadtvertreter, war ich immer sehr, sehr, sehr stolz auf diese Stadt. Ratzeburg hatte einen guten Ruf nach außen, nach innen und ich habe mich selber mal als Bürgermeister beworben, bin es leider nicht geworden, aber wäre es gerne geworden, unabhängig davon, sehe aber jetzt, wie schwer es ein Bürgermeister tlw. hat. Es ist unsere Demokratie meine sehr verehrten Damen und Herren, die unser Leben bestimmt. Es ist Volkes Stimme, die einen Bürgermeister wählt. Eine Mehrheit, deutliche Mehrheit. Es gibt Stadtvertreter, die auch hier vertreten sind, die auch gewählt sind, aber natürlich nicht von so einer Mehrheit, wie dieser Bürgermeister. Eins will ich deutlich sagen an dieser Stelle, ich habe ihn nicht gewählt, ich habe gar keinen Bürgermeister gewählt, es geht mir einfach hier um meine Stadt. Es gilt hier nicht Partei zu ergreifen, weder abzuwägen, welche positiven/negativen Dinge gelaufen sind, was hinter den Gardinen gelaufen ist, im Rathaus, außerhalb des Rathauses, das interessiert mich nicht, es geht mir ganz allein um meine Stadt. Und wie hat Kurt Schumacher mal gesagt, schaut auf diese Stadt, das ist wichtig. Ich möchte mich hier, wie gesagt, nicht für eine Partei ergreifen, möchte aber vielleicht ein wenig dazu beitragen, nachdenklich zu sein. Wir sind alle Menschen und wir sind nun einmal so, dass wir auch alle Fehler machen. Verwaltungsmitarbeiter machen Fehler, Stadtvertreter machen Fehler, Bürgermeister machen Fehler, besonders, wenn sie neu und frisch und jung im Amt sind, das ist dann eben einfach so und damit muss man leben können. Er darf das Recht nicht brechen, denn er muss die Stadtvertretung und die Beschlüsse umsetzen und nach Recht und Gesetz handeln. Das ist die oberste Ägide und das ist auch das Wichtigste, finde ich. So nach war es immer mein Petitum, danach zu handeln und das kam manchmal auch bei den Damen und Herren Stadtvertreter nicht besonders gut, aber ich bin nun einmal alter Beamter und da geht für mich Recht und Gesetz vor. Was wollen wir Bürger? Wir wollen einen ideenreichen, diplomatischen, bürgernahen und Vorbild tragenden Bürgermeister, der aber auch führungsstark ist, aber auch die Stadt voranbringt. Er soll eckig und kantig sein, er soll Beschlüsse der Stadtvertretung umsetzen, er soll aber auch, und das ist glaube ich auch das was viele wollen. Bürger wollen korrektiv zu den Stadtvertretern sein, denn wir kennen viele Stadtvertreter

und ich kenne Stadtvertreter zur Genüge, da gibt es eben halt auch Eitelkeiten und Besonderheiten, die man da eben halt hat und man möchte gerne selber Bürgermeister sein und bestimmen und den Bürgermeister ziehen in alle Richtungen, die man nur geht. Der Bürgermeister muss sich wie ein Gummiband stretchen und versuchen, das irgendwie hinzukriegen. Manchmal auch vielleicht nicht diplomatisch, manchmal vielleicht auch bossimäßig, daran kann man lernen und daran können alle lernen, sich zusammenzuraufen. Wir Bürger wollen eigentlich nur Eins, das sage ich Ihnen ganz klar und deutlich, dass die Probleme gelöst werden, dass die Stadt vorankommt, dass man einen guten Ruf hat, dass man stolz auf seine Stadt ist und diese ganzen Quälereien, Geschichten, die im Hintergrund, im Hinterzimmer laufen, die will ich als Bürger gar nicht hören, ich will Ergebnisse hören, positive Meldungen und dass es vorangeht. Und wenn es dann mal nicht vorangeht, dann muss man sich zusammensetzen, da muss die Tür krachen und es gibt auch Dissensen und dass was mein Vorredner gerade gesagt hat, das kann ich nur unterstützen, ich bin selber Mediator, da muss man den Mediator einschalten und wenn das alles nicht mehr geht, dann kann man sagen, jetzt gehe ich in die Öffentlichkeit und jetzt mache ich es anders und jetzt kann ich mit dem Bürgermeister nicht mehr zusammenarbeiten. Aber alle Dinge sollten ausgeschöpft sein und das sehe ich im Augenblick leider nicht. Es ist nicht einfach und es geht um Schuld oder Zuweisung, für mich geht es aber nicht zum Schuld oder Zuweisung, es geht mir hier um Verantwortung für die Stadt und die hat nicht nur der Bürgermeister, die haben Sie, alle hier zusammen. Für die, die alle hier sitzen, für die Kinder, für die Schulen, für die Kindergärten, für alles was hier so geht. Darüber sollten Sie mal nachdenken, bevor sie heute die Hand heben, denn sie haben das alles vorher schon in den Fraktionen abgestimmt und die Strippen sind gezogen und die Hände gehen nur noch nach oben. Ich wäre dafür, dass namentlich abgestimmt wird und jeder einzeln aufsteht und sagt, ob er dafür oder ein Nein ist. Dann wissen wir woran wir sind. Das wäre wichtig. Und ganz schlecht finde ich diese ganze Presse die bisher gelaufen ist, diese Vorverurteilung, diese Schlagzeilen. Dieser Mann hat eine Familie, der hat eine Frau, der hat Kinder. Ich weiß, was das bedeutet, zu Hause zu hören und wenn Leute anrufen, für einen stehen, gegen einen stehen und auf einmal sich verabschieden. Er hat auch noch ein Geschäft in dieser Stadt. Wenn er nicht mehr Bürgermeister ist und seinen Fahrradladen wieder aufmacht, was dann. Haben Sie daran gedacht oder denken Sie nur an sich. Ich erwarte von Ihnen heute, dass sie Ratzeburg aus den Schlagzeilen holen und vielleicht noch einmal in sich gehen, vertagen, sich enthalten und mit dem Bürgermeister sprechen, den Landrat dazu bitten, einen Mediator dazu holen und im Sinne dieser Stadt handeln, für die Sie eigentlich alle Ihren Eid geleistet haben. Für die Stadt, im Sinne der Stadt, für die Bürgerinnen und für die Bürger. Das wäre mein Wunsch. Es ist leider eine Rede geworden. Herr Stadtpräsident tun Sie mir, ich hoffe sie nehmen es mir nicht böse, nicht übel, normalerweise sind in einer Einwohnerversammlung ja nur Fragen zu stellen. Ich danke Ihnen, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben.

Sie schreiben heute alle hier Stadtgeschichte. Geschichte für die Stadt Ratzeburg, Abwahl des Bürgermeisters. Die Uni Potsdam hat eine Untersuchung gemacht, habe ich extra gestern noch gelesen, in dem sie die ganze Bundesrepublik untersucht hat, wieviel Bürgermeister abgewählt worden sind. Sachsen-Anhalt und Thüringen, die waren ganz weit vorne, Schleswig-Holstein hatte zwei, es ist aber nicht dazu gekommen, nur einer ist neulich abgewählt worden in Timmendorf. Darüber mag man streiten, ob das rechtens war oder nicht. Vielleicht kann man noch einmal zusammenleben und zusammenrücken. Wenn er heute mit Ihrem Votum nach Hause geht, geht er nach Hause, das heißt, der Schlüssel ist abgegeben, erweitertes Bürgerbegehren kommt. Was ist, wenn das Bürgerbegehren aber für ihn ist? Wie stehen Sie dann da, die nächste Wahl ist im Mai. Das vergisst der Bürger nicht so schnell, denke ich mal. Und Sie sollten sich es gut überlegen, was hier heute an Geschichte für die Stadt Ratzeburg, für sich, für Ihre Familien und für uns, heute hier machen. Ich danke Ihnen für Zuhören.

Stadtpräsident:

Danke Herr Bigott. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine, wenn ich einen übersehen habe oder eine Person, dann bitte laut melden. Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich um 18:58 Uhr die Einwohnerfragestunde. Danke.

**Top 4 - 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung v. 25.05.2021
Ausführungen von Herrn Bürgermeister Koech**

Wir kommen zum TOP 4 – „Ausführungen von Herrn Bürgermeister Koech“. Herr Koech Sie haben das Wort.

Bürgermeister Koech:

Ich kann es jetzt nicht lassen, tatsächlich, auch wenn es vielleicht den einen oder anderen unpassend in der Situation jetzt erscheint, aber wann habe ich schon einmal die Chance, tatsächlich an einer Stadtvertretung so viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt vor meiner Nase zu haben und deswegen muss ich es Anfang ganz kurz loswerden, weil nachher finde ich, passt es überhaupt nicht. Aber jetzt möchte ich auf jeden Fall die Chance nutzen. Ich möchte Sie alle daran erinnern, dass wir ein ganz, ganz, ganz tolles Projekt hier in Ratzeburg haben des Jugendbeirates, ein Groundfundingprojekt und da muss ich zumindest die Chance haben oder möchte die Chance nutzen, Ihnen allen an Herz zu legen, sich daran zu beteiligen und ich sag mal unsere jungen Leute hier in Ratzeburg bei der, ja bei der Schaffung einer Parcouranlage zu unterstützen. Die Beschlüsse dafür sind von der Stadtvertretung alle schon gefasst worden, also wir machen es auf jeden Fall, aber es wäre aber ein ganz, ganz tolles Signal, wenn wir unsere jungen Menschen dabei unterstützen, dieses Projekt umzusetzen, wir haben viele Jahre daran gearbeitet, muss man ja wirklich jetzt sagen und es endlich soweit, dass wir es umsetzen können, deswegen wollte ich es am Anfang auf jeden Fall kurz loswerden. Dankeschön.

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Mitglieder der Stadtvertretung, liebe Ratzeburgerinnen und liebe Ratzeburger. Es ist ein beispielloser Vorgang in Ratzeburg, der Hauptausschuss der Stadt empfiehlt die Einleitung eines Abwahlverfahrens des gewählten Bürgermeisters und führt dafür einige bis heute nicht deutlich formulierte Vorwürfe als Begründung an. Ich bin erstaunt, dass es von den politischen Gremien bislang keinen Versuch gab, ein klärendes Gespräch mit mir über diese Vorwürfe zu führen. Es wird viel über mich geredet, aber überhaupt nicht mit mir. Zur Klarstellung der angedeuteten Sachverhalte, die mir zu Last gelegt werden, möchte ich kurz Stellung nehmen. Es ist mir wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger verstehen, worum es hier inhaltlich eigentlich geht.

Der Hauptausschuss der Stadt empfiehlt die Einleitung eines Abwahlverfahrens des gewählten Bürgermeisters und führt dafür einige bis heute nicht deutlich formulierte Vorwürfe als Begründung an.

Ich bin erstaunt, dass es von den politischen Gremien bislang keinen Versuch gab, ein klärendes Gespräch mit mir über diese Vorwürfe zu führen. Es wird viel über mich geredet, aber überhaupt nicht mit mir. Zur Klarstellung der angedeuteten Sachverhalte, die mir zur Last gelegt werden, möchte ich kurz Stellung nehmen. Es ist mir wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger verstehen, worum es hier inhaltlich eigentlich geht.

Zum Vorwurf 1:

Der Hauptausschuss behauptet, das Vertrauensverhältnis der Schulleitung der Lauenburgischen Gelehrtenschule zum Bürgermeister ist zerstört.

Bei der Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und Bürgermeister greifen zwei Rechtskreise ineinander, das Schulgesetz und die Gemeindeordnung. Hier gab es unterschiedliche Auffassungen zwischen der Schulleitung und dem Bürgermeister. Am Donnerstag, den 20.05.2021 fand ein Mediationsgespräch zwischen Schulleitung und Bürgermeister unter Begleitung der Schulaufsicht aus Kiel statt. Die Schulaufsicht hat der Schulleitung die Zuständigkeit und Entscheidungsbefugnisse des Bürgermeisters klar vermittelt. Damit ist die weitere Zusammenarbeit geregelt. Schulleitung und Verwaltung werden sich jetzt gemeinsam um die schnellstmögliche Umsetzung des Digitalpaktes kümmern. Aus meiner Sicht ist die von der Stadtvertretung beschlossene Mittelfreigabe für die Sicherstellung des Homescooling an der Lauenburgischen Gelehrtenschule eine Erfolgsgeschichte. Am 14.12.2020 stellt die Stadtvertretung die von der Schulleitung und der Verwaltung geforderten 20.000,- Euro für die Umsetzung von Sofortmaßnahmen an der LG zur Verfügung. Am selben Tag führt die Verwaltung Gespräche mit einem leistungsstarken IT-Dienstleister. Schon eine Woche später stellt sich der IT-Dienstleister in der Schule vor und beginnt am gleichen Tag mit dem Arbeiten am Schulnetz. In nur 2 ½ Wochen über die Weihnachtsfeiertage haben diese IT-Experten dafür gesorgt, dass bis heute alle Schülerinnen und Schüler und das Lehrerkollegium ohne Ausfall in einem leistungsstarken LAN- und WLAN-Netz sicher arbeiten können. Es gibt, glaube ich, keinen, der mit der jetzigen Leistungsfähigkeit der LG unzufrieden ist. Mir sind jedenfalls keine Beschwerden von Seiten der Schulleitung, dem Kollegium, den Schülerinnen und Schülern, den Eltern, der Verwaltung oder der Politik bekannt. Wir haben jetzt einen erstklassigen IT-Dienstleister, der uns eine große Hilfe bei der Umsetzung des Digitalpaktes sein wird.

Zum Vorwurf 2:

Der Hauptausschuss behauptet, das Vertrauensverhältnis des Schulverbandes zum Bürgermeister ist zerstört.

Mir ist nichts Konkretes bekannt, was das Vertrauensverhältnis zwischen Schulverband und Bürgermeister belastet. Deshalb kann ich zu diesem Vorwurf nicht weiter Stellung nehmen.

Zum Vorwurf 3:

Der Hauptausschuss behauptet, das Vertrauensverhältnis der Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Ratzeburg zum Bürgermeister ist zerstört.

Zum Vorwurf, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Wehrführer und Bürgermeister zerstört ist, kann ich nur sagen, das stimmt nicht. Der Wehrführer Christian Nimtz tut alles für die Feuerwehr und ich muss als Bürgermeister auf das Geld achten. Christian hätte mich lieber häufiger bei den Kameradinnen und Kameraden. Wir sind uns aber einig, dass das in Coronazeiten so wirklich nicht möglich ist. Wir reden regelmäßig miteinander und ziehen am selben Strang. Wehrführer Christian Nimtz hat mir das schriftlich bestätigt.

Das ein vom Finanzausschuss erteilter Auftrag an den Bürgermeister, die Notwendigkeit, Zuständigkeit und Wirtschaftlichkeit an der Tauchergruppe der Feuerwehr zu überprüfen, keine Begeisterungstürme bei der Tauchergruppe auslöst, ist mehr als verständlich. Die Analyse war notwendig und das Ergebnis ist eindeutig in einem Beschlussvorschlag formuliert.

Ein Bürgermeister darf sich vor unangenehmen Aufgaben und Entscheidungen nicht drücken. Das Gleiche gilt auch für die Stadtvertretung. Die Entscheidung über die Zukunft einer Tauchergruppe bei der Ratzeburger Feuerwehr liegt nicht beim Bürgermeister, sie liegt bei der Stadtvertretung.

Zum Vorwurf 4:

Der Hauptausschuss behauptet, das Vertrauensverhältnis von Teilen der Mitarbeitenden im Rathaus zum Bürgermeister ist zerstört.

Ein massives Fehlverhalten im Umgang mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf die Aussage einer Mitarbeiterin zu stützen, bei der ich heute ein Disziplinarverfahren einleiten musste, kann ich nur als unüberlegt bezeichnen. Mir ist kein Fall aus den letzten zwei Jahren bekannt, dass sich eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter mit einer persönlichen Beschwerde über meine Personalführung an einen der vier städtischen Personalräte gewandt hätte. Die öffentliche Stellungnahme des Personalvorsitzenden der Stadtverwaltung zum Vorgehen des Hauptausschusses kennen Sie. Meines Wissens nach gibt es bis heute keine Gesprächsanfrage des Hauptausschusses an die zuständigen städtischen Personalräte bezüglich der Vorwürfe gegen meine Person.

Zum Vorwurf 5:

Der Hauptausschuss behauptet, das Vertrauensverhältnis des Bürgermeisters zu Mitgliedern der Stadtvertretung und den städtischen Ausschüssen ist zerstört.

Der Vorwurf, der Bürgermeister würde versuchen, eigenmächtig Bauprojekte an der Stadtvertretung vorbei umzusetzen, ist vollkommen absurd. Er wird damit begründet, dass ein von der Verwaltung selbst veranlasster Pressebericht zur Einrichtung der Treppenanlage an der Oelmannsallee mit genauer Angabe der Fehlberechnung zufällig durch die Politik vier Monate später entdeckt wird. Meine Damen und Herren, mehr öffentliche Transparenz als ein Bericht über einen deutlichen Berechnungsfehler der Verwaltung in der Tagespresse geht nun wirklich nicht.

In der Verwaltung passieren mit Sicherheit auch Fehler. Nur wer Entscheidungen trifft, kann auch Fehler machen. Meine Fachbereichsleitung und ich stehen zu unseren Fehlern, wenn wir welche machen.

Die Entscheidung für Investitionen fällt die Stadtvertretung. Kultur- und Veranstaltungsförderung sind eine Herzensangelegenheit von mir, das weiß hier, glaube ich, jeder im Saal. Mit dem wiederholten Beschlussvorschlag zur Beschaffung einer Bühne oder anderer kultureller Investitionen müssen Sie immer rechnen und Sie können mir das definitiv auch nicht verbieten. Ich habe in meinem Wahlkampf versprochen, Ratzeburg zu beleben. Diesem Versprechen fühle ich mich verpflichtet, selbst wenn ich dabei nicht auf die Unterstützung der politischen Gremien zählen kann. Ich weiß, dass es in der Ratzeburger Bevölkerung viele Menschen und Unternehmen gibt, die Lust haben mich auf diesem Weg zu unterstützen.

Sehr geehrte Stadtvertretung, wir haben gemeinsam den Auftrag den Bürgerwillen umzusetzen. Nur weil es zwischen Stadtvertretung und Bürgermeister knirscht, soll der Bürger seine klare Entscheidung von vor zwei Jahren überdenken? Die Ratzeburgerinnen und Ratzeburger haben ein Recht darauf, dass sich der Bürgermeister und die Stadtvertretung dieser Aufgabe stellen. Wir müssen uns nicht lieben, aber wir haben die Verantwortung uns zu respektieren und professionell zu arbeiten. Die Aufgabenverteilung ist dabei in der Gemeindeordnung klar geregelt, der Bürgermeister und die Verwaltung beraten die Ausschüsse und die Stadtvertretung, der Bürgermeister und die Verwaltung erstellen eigene und von der Politik beauftragte Beschlussvorlagen, der Bürgermeister und die Verwaltung setzen die Beschlüsse der Stadtvertretung um, die Stadtvertretung setzt die Ziele und Grundsätze des Handelns der Verwaltung fest, die Stadtvertretung trifft alle für die Stadt Ratzeburg wichtigen Entscheidungen, die Stadtvertretung überwacht die richtige Umsetzung der Beschlüsse durch die Verwaltung. Es gibt zwei von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Ratzeburg gewählte Organe, den Bürgermeister und die Stadtvertretung. Wir haben den Auftrag, gemeinsam die Ziele, Grundsätze und Ideen für Ratzeburg festzulegen und das Beste für Ratzeburg und seine Bevölkerung umzusetzen.

Können wir uns in dieser Zeit leisten, Vorwürfe über ein Abwahlverfahren klären zu wollen, anstatt miteinander zu reden? Ist es zum Wohle der Stadt, dass wir uns in den kommenden Wochen und Monaten nur mit uns selbst beschäftigen anstatt mit den wichtigen Themen der

Stadt, wie die Digitalisierung der Verwaltung, die ganz wichtige Digitalisierung der Schulen, wir haben die Bundestagswahl 2020/2021 vor der Tür, die großen Bauvorhaben in Ratzeburg, Sie kennen sie alle, Neubau der Schwimmhalle, der Sauna, der Erneuerung des Olympiastützpunktes Ruderakademie, die Neugestaltung der Seebadeanstalt Schlosswiese, der Neubau des neuen Wohngebietes Seedorfer Straße mit Schlichthaus und eventuell einem neuen Kindergarten, die Neugestaltung der Domhalbinsel und die Liste können wir beliebig vorsetzen. Sollte es zu diesem Abwahlverfahren kommen, fehlt der Stadt über viele Monate die hauptamtliche Vermittlungskraft, wenn es mal zwischen den vielen beteiligten Partnern all dieser wichtigen Projekte hakt. Der Ratzeburger Bürgermeister arbeitet im Schnitt zwischen 60 und 80 Stunden in der Woche. Für genau diese Themen und ihre erfolgreiche Umsetzung setzt er seine Zeit ein.

Der Hauptausschuss behauptet einstimmig, in mitten der größten Krise nach dem 2. Weltkrieg, die Abwahlempfehlung reiflich überlegt zu haben. Meine Damen und Herren von der Stadtvertretung, ich glaube nicht, dass Sie sich wirklich Gedanken über die Konsequenzen Ihres Handelns gemacht haben.

Ein paar sehr persönliche Worte an die Stadtvertretung.

Seit 2 Jahren darf ich einen Beruf ausüben, der mich erfüllt und glücklich macht. Ich bereue keine Minute, die ich mit dieser tollen Belegschaft im Rathaus, in den Wirtschaftsbetrieben, in meiner KiTa und in den Schulen verbracht habe. Ich wünsche mir von Herzen, dass Sie diese erstklassige Qualität der Ratzeburger Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter endlich, endlich erkennen und sie als zuverlässige Berater und Partner akzeptieren. Ich schätze jede und jeden Einzelnen, von meinen Reinigungskräften bis zu meinem Hauptamtsleiter. Es verletzt mich persönlich zu tiefst, wenn Sie mir auf so falsche Art und Weise vorwerfen, gerade diese Menschen schlecht zu behandeln.

Sehr geehrte Damen und Herren der Stadtvertretung, ich möchte mit Ihnen und der Verwaltung gemeinsam das Beste für unsere Bürgerinnen und Bürger und die Stadt Ratzeburg entwickeln und umsetzen. Dafür haben uns die Ratzeburgerinnen und Ratzeburger gewählt. Ich bin jederzeit zu Vermittlungsgesprächen bereit. Ich halte sie sogar für dringend erforderlich. Verantwortung und Vernunft sollten jetzt im Vordergrund stehen, ebenso die ernsthafte Überlegung, was uns Stadtvertretung und Bürgermeister wieder zusammenführen kann und die vielen Herausforderungen in unserer Stadt gemeinsam bewältigen. Darum bitte ich jedes Mitglied der Stadtvertretung heute das eigene Gewissen zu befragen, was dient wirklich dem Wohl dieser Stadt Ratzeburg.

Stadtpräsident:

Danke schön Herr Bürgermeister.

Top 5 - 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung v. 25.05.2021 Anträge der Fraktionen der Stadtvertretung

Stadtpräsident

Wir kommen zum nächsten TOP 5, unterteilt in 5.1 und 5.2. Die Fraktionen der Stadtvertretung haben sich geeinigt, dass Herr Dr. Röger die Anträge vorträgt. Bitte schön Herr Dr. Röger.

Herr Dr. Röger:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen gestatten Sie mir, bevor ich zum eigentlichen Thema komme, kurz etwas zu den Ausführungen des Kollegen Bigott zu sagen, die mich ein wenig irritiert haben, vor allen Dingen am Ende – Wie stehen Sie denn da bei der nächsten Wahl? – war die Schlusssatz. Ich sage ganz ehrlich, wenn das mein politisches Leitmotiv ist, mein Handeln danach auszurichten, wie ich bei der nächsten Wahl dastehe, dann würde ich mich schämen, das ist nicht mein Handeln.

Nun aber zum eigentlichen Thema.

Herr Stadtpräsident und Sie haben es zutreffend gesagt, ich stehe hier, weil mich alle 5 Fraktionen, die diesen Antrag gemeinsam eingereicht haben, gebeten haben das zu tun. Und mir ist wichtig dies klarzustellen. Es ist nicht meine Fraktion und es ist erst recht nicht meine Person die isoliert vorprescht und hier irgendwelche Vorstellungen hat, wie das Verfahren weitergehen soll, sondern es ist die übereinstimmende Meinung aller 5 Fraktionen für die ich stellvertretend sprechen werde.

Ich möchte auch noch einen zweiten Punkt klarstellen, gerade hier in der Riemannhalle, denn der Bürgermeister hat ja mehrfach geäußert, die Politik habe ihm von Anfang an kritisch gegenübergestanden. Als ich das letzte Mal aus politischen Gründen hier in dieser Riemannhalle war, war das am 19. Februar 2021. Damals haben sich die 5 Bürgermeisterkandidaten vorgestellt und Hauke Christiansen, der gerade schon in der Einwohnersprechstunde zu Wort gekommen ist und dessen Leserbrief im Markt sich wohlwollend aus manch anderer Stellungnahme herausgehoben hat aufgrund seiner Sachlichkeit, hat hier erläutert, was die Aufgaben eines Bürgermeisters sind und er hat dies gerade nochmals zutreffend wiederholt. Ich selber war damals hier und habe mir die Kandidaten angehört und mir war bewusst, dass Gunnar Koech sicherlich noch vieles lernen müsse, was die fachliche Qualifikation für das Amt eines Bürgermeisters angeht, aber fachliche Dinge kann man eben auch lernen. Und deshalb stand ich wie auch andere aus meiner Fraktion und andere Personen aus dem politischen Geschehen dem Bürgermeister am Anfang keineswegs ablehnend gegenüber, sondern wohlwollend, aufgeschlossen und in Erwartung einer kooperativen Zusammenarbeit zum Wohle Ratzeburgs. Diese Erwartungshaltung ist nachhaltig enttäuscht worden und im Folgenden möchte ich Ihnen erläutern warum.

Unsere Erwartung ist nicht enttäuscht worden, weil bestimmte Sachthemen wenig umgesetzt wurden oder weil es in der Sache unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Bürgermeister und einer Mehrheit der Politik gebe. Auch wir Kommunalpolitiker wissen, dass die aktuelle Pandemielage vieles unmöglich macht, was ansonsten wünschenswert wäre und gerade wir Kommunalpolitiker wissen auch, dass man zu unterschiedlichen Themen unterschiedliche Auffassungen haben kann und muss, denn genau davon lebt die demokratische Entscheidungsfindung. Damit bleibt die Frage, was ist denn der Grund dafür, dass wir nach knapp 2 Jahren den amtierenden Bürgermeister für nicht mehr tragbar halten und als im Hauptberuf auch im Beamtenrecht tätiger Jurist kann ich nur sagen, es ist die nach unserer Ansicht fehlende Eignung für gerade dieses Amt, also die fehlende Fähigkeit aufgrund der Persönlichkeit das konkret in Rede stehende Amt angemessen wahrzunehmen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Es geht nicht um eine Gesamtbeurteilung oder gar Verurteilung eines Menschen oder seiner Persönlichkeit. Es geht nur um die Frage, inwieweit ein Mensch für ein ganz bestimmtes, konkretes Amt geeignet ist, nämlich das Amt eines Bürgermeisters, der mit verschiedenen Institutionen, Organisationen innerhalb und außerhalb der Verwaltung vertrauensvoll zusammenarbeiten und kooperativ umgehen muss.

Was hat der Bürgermeister nach knapp 2 Jahren Amtszeit in dieser Beziehung nach unseren Erfahrungen erreicht? Er hat das Vertrauensverhältnis zur Freiwilligen Feuerwehr zerstört, er hat das Vertrauensverhältnis zur Schulleitung der LG zerstört, er hat das Vertrauensverhältnis zum Schulverband zerstört und er hat das Vertrauensverhältnis zu einem Teil seiner Mitarbeiter und insbesondere Mitarbeiterinnen zerstört und das Vertrauensverhältnis zu allen Fraktionen der Stadtvertretung. Lassen Sie mich dieses nun anhand einiger Beispiele erläu-

tern und schon einmal als kleiner Hinweis an diejenigen die jetzt den großen Skandal erwarten, es gibt nicht den einen skandalösen Vorgang, der Griff in die Kasse oder das wildeste strafrechtlich relevante Verhalten, aber es gibt eine Summe von Vorgängen, die eben in der Summe aus unserer Sicht einfach zu viel sind.

Lassen Sie mich beginnen mit dem Thema Freiwillige Feuerwehr. Der Ehrenwehrlführer der Freiwilligen Feuerwehr Michael Dawert hat hierzu eben Ausführungen gemacht. Er hat das derzeitige Verhältnis schlicht und ergreifend als unzumutbar bezeichnet. Die Hintergründe, die dazu geführt haben, sind aus Sicht der Politik mehrere. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele bringen, das erste Beispiel ist der Umgang mit dem Thema der Taucherguppe.

Es liegt auf der Hand, dass eine Entscheidung über den Fortbestand einer Taucherguppe in Zeiten knapper Kassen die Frage nach den Kosten dieser Taucherguppe von wesentlicher Bedeutung ist. In der Beschlussvorlage der Verwaltung, in der der Bürgermeister die Auflösung dieser Taucherguppe fordert, werden diese Kosten mit 25.000,- Euro jährlich beziffert, bezugnehmend auf das Jahr 2019. Erst nach Rücksprache mit der Wehrlführung und mit dem Kämmerer der Stadt Ratzeburg bekam ich die Aufstellung der Zahlen für die Jahre 2014 bis 2019 und es stellte sich heraus, dass an Mittel etwa 13.900,- Euro von der Feuerwehrltaucherguppe ausgehen, also ein deutlich geringerer Betrag. Der Wehrlführer der Feuerwehr hat sich selbstverständlich für den Erhalt seiner Taucherguppe eingesetzt. Er hat selbstverständlich auch Wert daraufgelegt, dass diese Information natürlich bekannt wird. Der Wehrlführer hat aber dann vom Bürgermeister einen sogenannten „Maulkorb“ bekommen. Es wurde ihm verboten, mit der Politik über das Thema der Taucherguppe zu sprechen. Nach den Regeln des Brandschutzgesetzes ist aber der Wehrlführer befugt, sich nicht nur zu Einsätzen, sondern auch zu den sogenannten inneren Angelegenheiten der Feuerwehr zu äußern, gegenüber der Öffentlichkeit aber erst recht natürlich auch gegenüber der Politik. Es ist das gute Recht des Wehrlführers sich im Interesse seiner Kameradinnen und Kameraden für den Erhalt der Taucherguppe einzusetzen. Ich sage ganz offen, auch ich selbst bin der Auffassung, dass durchaus über den Fortbestand der Taucherguppe in ihrer bisherigen Form nachgedacht werden muss und dass insbesondere Synergieeffekte zu den Rettungstauchern der DLRG genutzt werden müssen. Aber ich würde doch niemals einem Wehrlführer übelnehmen, dass er sich in dieser Funktion für den Erhalt dieser Gruppe innerhalb der Feuerwehr einsetzt. Im Gegenteil, ich wäre überrascht und enttäuscht, wenn er dies nicht täte, denn das ist seine Pflicht und Schuldigkeit. Aber der Bürgermeister verbietet ihm die Äußerung gegenüber der Politik. In der Hauptausschusssitzung hat der Bürgermeister am 22.03.2021 behauptet, es gebe einen solchen Maulkorb nicht und in seiner Stellungnahme vom 11.05., die ja auch in den LN veröffentlicht wurde, behauptet der Bürgermeister, es gibt kein Zerwürfnis zwischen dem Bürgermeister und der Freiwilligen Feuerwehr und ihrer Wehrlführung. Das wird auch von der Wehrlführung so gesehen. Den Wahrheitsgehalt dieser Aussage mag jeder bewerten, der eben die Ausführungen des Ehrenwehrlführers gehört hat und der darüber hinaus auch weiß, dass der amtierende Wehrlführer sich inzwischen genötigt gesehen hat anwaltlichen Beistand in Anspruch zu nehmen, um sich gegen das Verhalten des Bürgermeisters zu schützen. Denn die eben von Herrn Koech zitierte Erklärung, dass doch alles prima sei mit der Feuerwehr, beruht auf einer schriftlichen Stellungnahme, die Christian Nitz keineswegs freiwillig abgegeben hat, sondern auf heftigen Druck des Bürgermeisters.

Lassen Sie es mich noch einmal zusammenfassen. Das Vertrauensverhältnis zur Feuerwehr ist nicht wegen ein oder zwei Sachfragen oder einem Sachproblem zerstört, sondern deswegen, weil der Bürgermeister aus einem Sachproblem einen persönlichen Konflikt zwischen sich und der Wehrlführung macht und durch psychologischen Druck, Drohen mit dienstrechtlichen Folgen, von der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen eine Mitarbeiterin haben wir gerade gehört, und persönlichen Konsequenzen auf jede nicht seiner Meinung entsprechende Äußerung der Wehrlführung reagiert. Und das Vertrauen der Politik ist indirekt dadurch beeinträchtigt, dass der Bürgermeister der Politik gegenüber die relevanten Informationen für die Bewertung der Sachproblematik unzutreffend, unvollständig und unwahr wiedergibt.

Ein zweites Beispiel immer noch aus dem Bereich der Feuerwehr, die Diskussion um den zweiten Standort. Wir wissen seit dem 12.05. dieses Jahres, dass es auch ein sehr eigenwilliges Informationsverhalten gab. Am 12.05. legte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Uwe Martens, anlässlich eines Gespräches aller Fraktionsvorsitzenden mit dem Landrat ein Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Mechow vor, der zugleich Vorsitzender des Feuerwehrausschusses Bäk, Mechow, Römnitz ist. Dieses Schreiben stammte vom 13.10.2020. Damals wurde politisch diskutiert, ob es für den Brandschutz in Ratzeburg geboten sei einen zweiten Standort für die eigene Feuerwehr in der Vorstadt zu errichten oder im Rahmen einer Kooperation mit den Wehren in Ziethen und der Wehr Bäk, Mechow, Römnitz einen ausreichenden Brandschutz sicher zu stellen. Selbstverständlich war es für diese Diskussion von immenser Wichtigkeit, auch die Auffassungen der beiden genannten Wehren zu kennen, wie sie denn zu der Übernahme einer teilweisen Brandschutzaufgabe für Ratzeburg stehen. Bürgermeister Koech sprach sich für eine Kooperation mit den genannten Wehren und gegen die Errichtung eines zweiten Standortes aus. Diese Auffassung wurde auch von einigen Kolleginnen und Kollegen aus der Kommunalpolitik geteilt. Die klare und eindeutige Mehrheit aller Fraktionen war aber für die Schaffung eines eigenen zweiten Standortes für unsere Feuerwehr in der Vorstadt sowie dieses dann auch beschlossen wurde. Und nun am 12.05. gelangt der Fraktionsvorsitzende der SPD auf Umwegen in den Besitz eines Schreibens des Feuerwehrausschusses Bäk, Mechow, Römnitz vom 13.10.2020, in dem dieser klar und eindeutig feststellt, aufgrund geringer Personalverfügbarkeit kann keine weitere Aufgabe übernommen werden, das heißt wir können der Stadt Ratzeburg keine Zusagen machen und damit dort Zeiten für Hilfsfristen einhalten. Dieses Schreiben ist adressiert an die Stadt Ratzeburg, die Wehrführung und die Stadtvertretung Ratzeburg und in der begleitenden E-Mail heißt es ausdrücklich, „Ich bitte dieses Schreiben den Stadtvertretern weiterzuleiten“. Die Stadtvertreter haben dieses Schreiben nicht bekommen, sondern erst durch Zufall am 12.05. bei einem Gespräch beim Landrat. Und der Stadtpräsident hat dieses Schreiben jetzt angefordert und jetzt haben wir den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntnis bekommen. Es liegt auf der Hand, dass diese Aussage des dortigen Feuerwehrausschusses selbstverständlich für unsere Entscheidung von großer Relevanz gewesen wäre und manche Diskussion deutlich vereinfacht und verkürzt hätte. Die strukturelle Problematik bleibt dieselbe. Sachlich kann man über die Errichtung eines zweiten Standortes für unsere Feuerwehr diskutieren, so wie das innerhalb der Fraktionen und zwischen den Fraktionen auch passiert ist, auch unter Einbindung des Bürgermeisters. Durch das Vorenthalten wesentlicher Informationen aber wurde erneut aus einem reinen Sachproblem, eine massive Beeinträchtigung des Vertrauens der Wehrführung und der Politik gegenüber dem Bürgermeister.

Der zweite Problembereich ist das Vertrauen zur Schulleitung der LG. Auch hier ging es eigentlich um ein Sachproblem, die Frage, wie man am besten und am schnellsten den Digitalpakt umsetzt und die Schule technisch ertüchtigt für die coronabedingte Distanzlehre. Der Bürgermeister kündigte Verträge gegen den Willen der Schulleitung, vergab Aufträge ohne Einbeziehung der Schulleitung und er reduzierte die Haushaltsvollmachten der Schulleitung drastisch in einer aus meiner Sicht durchaus schon als demütigend zu bezeichnenden Weise von nach meiner Kenntnis 12.500,-- Euro auf 2.500,-- Euro, für den Bereich IT soll nach meiner Kenntnis sogar alles über die Schulträgerschaft also über das Rathaus laufen. Auch hier sind wir von der Politik nicht eigeninitiativ tätig geworden. Wir laufen nicht durch die Stadt und suchen Probleme, weil wir sonst Langeweile hätten, sondern wir sind von der Schulleitung gebeten worden uns mit dem Sachverhalt zu beschäftigen, uns einzuschalten, zu vermitteln. Diese Versuche sind gescheitert. Der Bürgermeister berief sich darauf, dass er alleine aufgedeckt habe, dass es wohl vergaberechtliche Verstöße gegeben haben soll bei der Schulleitung in den letzten Jahren. Das kann ich nicht beurteilen. Aber auch in den letzten Jahren vor der Amtszeit des Bürgermeisters gab es einen Schulträger und einen Fachdienst 4, der auch damals eine Kontrollorganisationshoheit hatte, d. h. auch da muss man natürlich mal sich an die eigene Nase fassen und sagen, dann hat ja vielleicht auch dort irgendetwas nicht funktioniert und dann muss man letztlich versuchen die Fehler zu lösen, aber nicht in dem man Zu-

ständigkeiten derart drastisch reduziert. Es geht also auch hier nicht um das eigentliche Sachproblem, es geht auch hier darum, wie ist der Bürgermeister mit diesem Sachproblem umgegangen und dadurch eskalierte das Ganze zu einem persönlichen Konflikt mit der Schulleitung.

Im Hauptausschuss am 22.03. wurde von mir persönlich ausdrücklich nachgefragt, wann es denn das letzte persönliche Gespräch zwischen dem Bürgermeister und dem Schulleiter gegeben habe und der Bürgermeister musste einräumen, dass dieses am 15.12.2020 gewesen sei, drei Monate vorher, in einer Phase, wo es dringendst notwendig war, dass Schulleitung und Verwaltung sich über die weitere Umsetzung der Ertüchtigung der Schule in digitaler Hinsicht unterhalten. Der Bürgermeister sagte aber, es macht ja nichts ich stehe jederzeit dem Schulleiter für ein persönliches Gespräch zur Verfügung, wenn er sich denn nur mal darum bemühen möge. Herr Engelbrecht verlas dann auf Nachfrage des Ausschusses aus mehreren Schreiben vom Januar 2021, in denen er dem Bürgermeister gegenüber deutlich und unmissverständlich Gesprächsbedarf signalisiert hatte, ohne hierzu irgendeine Antwort des Bürgermeisters persönlich bekommen zu haben. Auch hier haben wir wieder dieselbe Struktur. In einem ersten Schritt wird aus einem reinen Sachproblem ein persönlicher Konflikt mit betroffenen Personen mit Ausübung von Druck, mit einer bis an die Grenze der Demütigung gehenden Gängelung durch Reduzierung der Haushaltsmittel und anschließend wird der Politik gegenüber ein Sachverhalt unzutreffend sehr begrenzt und aus meiner Sicht auch verfälscht wiedergegeben.

Der nächste Punkt, er wurde eben auch schon von Herrn Bürgermeister Koech angesprochen, ist das Vertrauensverhältnis zum Vorstand des Schulverbandes.

Man kann sich auf den Standpunkt stellen jetzt grammatikalisch spitzfindig, wie Herr Koech das getan hat, darauf hinzuweisen, dass nicht das Vertrauensverhältnis zum Schulverband zerstört sei, denn der besteht ja nun aus einer Vielzahl von Umlandgemeinden. Da mag vielleicht der ein oder andere dabei sein, der mit Herrn Koech zusammenarbeiten kann. Aber der Schulverband hat einen Vorstand. Im Schulverband sind unsere beiden Standorte der Grundschule, die Gemeinschaftsschule Lauenburgische Seen und die Pestalozzischule mit ihrem Förderzentrum und die Offene Ganztagschule zusammengefasst. Der Schulverband besteht aus der Stadt Ratzeburg und sage und schreibe 17 Umlandgemeinden. Die Verwaltung des Schulverbandes erfolgt auf der Basis einer Vereinbarung mit der Stadtverwaltung Ratzeburg und ist dort, wie alle Schulthemen, im Fachbereich 4 angesiedelt. Soweit der Fachbereich 4 für den Schulverband tätig ist, sind die dort tätigen Mitarbeiter unmittelbar der Schulverbandsvorsteherin, Frau Bürgermeisterin Stricker aus Einhaus, oder ihren Vertretern unterstellt. Der Ratzeburger Bürgermeister ist wie alle Bürgermeister der beteiligten Gemeinden einfaches Mitglied des Schulverbandes, der Schulverbandsversammlung um es ganz genau zu sagen. Er ist nicht mehr, wie sein Amtsvorgänger, Schulverbandsvorsteher. Er hat also in Angelegenheiten des Schulverbandes, und nur in diesen Angelegenheiten, weder ein Weisungsrecht gegenüber den Mitarbeitern des Fachbereiches 4 noch ein Einsichts- und Informationsrecht, das über das eines einfachen Mitgliedes des Schulverbandes hinausgeht. Diese Vorbemerkung ist nötig, um zu verstehen, woher auch hier ein Konflikt zwischen dem Bürgermeister und der Schulverbandsvorsteherin herrührt. Soweit der Politik bekannt wurde, ist Mitte April ein Mediationsgespräch durchgeführt worden mit aus unserer Kenntnis wenig Erfolg. Der Personalrat des Schulverbandes hat vielmehr in einem umfassenden und detailliert begründeten Schreiben vom 22.04. dieses Jahres Bürgermeister Koech auf datenschutzrechtliche Unzulässigkeiten eines unbeschränkten Zugangs aller Mitarbeitenden der Stadtverwaltung auf die personenbezogenen Daten des Schulverbandes hingewiesen und zum tätig werden aufgefordert. Auch hat er Bürgermeister Koech aufgefordert, die datenschutzrechtlich zuständige Aufsichtsbehörde in Kiel zu informieren. Nach Aussage des Personalrates ist der Bürgermeister untätig geblieben und hat über den Fachbereich 4 mitteilen lassen, dass er weitere Schreiben des Personalrates des Schulverbandes ignorieren werde. Auch soll sich der Bürgermeister in einer Fachbereichsleiterrunde in einer derart diffamierenden Art und Weise über den Personalrat des Schulverbandes geäußert haben, dass dieser nunmehr

Strafanzeige gegen Bürgermeister Koech wegen Verleumdung gestellt hat. Die ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Ratzeburg, die in Begleitung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Gespräche mit Mitarbeitenden des Fachbereiches 4 und dem Personalrat des Schulverbandes geführt hat, beschreibt in einer schriftlichen Stellungnahme die Situation dahingehend, dass seitens des Bürgermeisters unangemessene Eingriffe in die Angelegenheiten des Schulverbandes erfolgen und dass der Bürgermeister mit einem rechtlichen Konflikt zwischen Stadt und Schulverband drohe. Der Bürgermeister selbst kommt dagegen in seiner Stellungnahme vom 11.05. zu dem Ergebnis, dass es aus seiner Sicht kein Zerwürfnis mit dem Schulverband gebe. Bedenkt man, dass es immerhin zu einer Strafanzeige seitens des Personalrates des Schulverbandes gekommen ist, so scheint auch hier eine sehr subjektive Wahrnehmung der Realität seitens des Bürgermeisters vorzuliegen. Und wenn der Bürgermeister dann ergänzt, dass man ihm doch die Beschwerden des Personalrates schon alleine deshalb nicht vorhalten könne, weil für dessen Aufgabenfeld bei ihm gar keine Zuständigkeit bestehe, so zeigt das, dass der Bürgermeister das Problem nicht erkannt hat oder nicht erkennen will. Gerade weil er keine Zuständigkeit für das Aufgabenfeld des Schulverbandes hat, sind die von der Gleichstellungsbeauftragten und dem Personalrat gerügten Übergriffe in die Angelegenheiten des Schulverbandes so nicht hinnehmbar. Ich denke es bedarf keiner Erläuterung, wie sehr ein Konflikt des Ratzeburger Bürgermeisters mit dem aus 17 Umlandgemeinden bestehenden Schulverband dem Ansehen der Stadt und in der Region schaden wird und auch das Vertrauen der Politik in die Fähigkeit des Bürgermeisters diesen Konflikt zu lösen ist nicht mehr gegeben.

Der nächste Punkt ist das Vertrauensverhältnis zu einem Teil der Mitarbeiter.

Der Bürgermeister beruft sich auf die Stellungnahme des Personalratsvorsitzenden, dass diesem keine außergewöhnlichen Problemfälle vorgetragen oder bekannt sind. Auch die Gleichstellungsbeauftragte bestätigt zuerst einmal diese individuelle Sicht und Perspektive des Bürgermeisters, denn sie sagt, in den vergangenen monatlichen Gesprächen mit Herrn Bürgermeister Koech wurde mir von Herrn Koech mitgeteilt, dass es keinerlei Probleme mit den Mitarbeitenden gibt. Also sowohl der Personalrat als auch die Gleichstellungsbeauftragte sagt, aus der Sicht des Bürgermeisters gibt es keine Probleme. Dann führt aber die Gleichstellungsbeauftragte aus, was ihr selber von Mitarbeitenden vorgetragen wurde und sie stellt klar: „Es wurden ihr massive Probleme hinsichtlich der Gleichstellung berichtet. Nach ihrer Ansicht wird der Fachbereich 4 nicht angemessen unterstützt, vom Bürgermeister nicht informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt und die Leiterin des Fachbereiches 4 werde seitens des Bürgermeisters massiv unter Druck gesetzt und ihre Kompetenz durch den Bürgermeister und sein Handeln untergraben, was sich auf den gesamten Fachbereich negativ auswirkt. Unabhängig vom Fachbereich 4 trägt die Gleichstellungsbeauftragte vor, dass der Führungsstil des Bürgermeisters intransparent sei und als unangemessen empfunden werde. Auch die Möglichkeiten des coronabedingten mobilen Arbeitens werde nach Auskunft aus mehreren Fachbereichen willkürlich gehandhabt. Auch seien die Aussagen des Bürgermeisters oftmals nicht verlässlich, was alle Mitarbeitenden zunehmend verunsichert. Natürlich wird auch von Seiten der Politik nicht übersehen, dass es anscheinend auch Mitarbeitende gibt, die mit der Arbeit des Bürgermeisters zufrieden sind. Die Lübecker Nachrichten berichteten ja am Wochenende von „einer anonymen Person“, die auch im Rathaus arbeite und sich mit einem dem Bürgermeister unterstützenden Brief an die LN gewendet hat. Aber wir haben wieder dieselbe strukturelle Problematik. Es geht nicht darum, ob und in welchem Umfang mit Mitarbeitenden mit dem Bürgermeister zufrieden oder unzufrieden sind. Es geht, wie auch schon bei den beiden Punkten vorher, darum, dass der Bürgermeister von ihm selbst mitverursachte Probleme nicht erkennen kann oder nicht erkennen will und daher konsequenterweise auch nicht in der Lage ist, zu ihrer Lösung beizutragen. Die selektive Wahrnehmung des Bürgermeisters, die immer wieder anzutreffende Diskrepanz zwischen Fremdbild und Selbstbild, zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung ist das entscheidende Problem, das für die Betroffenen selbst aber in Folge dann eben auch für die Politik eine vertrauensvolle Zusammenarbeit unmöglich macht.

Lassen Sie mich nun zum Vertrauensverhältnis zu den Fraktionen der Stadtvertretung noch etwas sagen. Die dargestellten Probleme des Bürgermeisters sind von den jeweils Betroffenen an die Politik herangetreten worden. Und ich wiederhole das von grade, wir sind nicht losgelaufen und haben Probleme gesucht, wir haben im Ehrenamt eigentlich genug zu tun und hätten uns gerne mehr mit sachlicher Aufgabenerledigung befasst. Wir sind aber proaktiv gebeten worden, uns mit den Themen zu beschäftigen. Außer dieser Fallgruppe der Problemfelder, wo wir von Außenstehenden gebeten worden sind, kümmert euch doch mal, vermittelt doch mal, versucht doch mal, in irgendeiner Weise können wir das Problem mit der Feuerwehr, mit der Schulleitung der LG, mit dem Schulverband, mit den Mitarbeitern nicht irgendwie lösen?, haben wir aber auch noch eine zweite Problemgruppe und das sind die wo nur wir als Politiker betroffen sind, weil auch wir, ohne das noch eine andere Institution damit betroffen ist, dieselbe Problematik erleben. Auch dieses möchte ich anhand von drei Beispielen kurz schildern.

Beispiel 1 ist die Wiedereinstellung eines Beamten. Es liegt auf der Hand das ich hier keine Namen nenne. Im September 2020 erfuhr zuerst der Hauptausschuss und später die Stadtvertretung, wo es auch öffentlich erörtert wurde, dass der Bürgermeister einen wegen Dienstunfähigkeit im Jahre 2016 in den Ruhestand versetzten Beamten im August 2020 wieder eingestellt und ernannt habe, da dieser Beamte nunmehr wieder begrenzt dienstfähig sei. In der Vorlage der Verwaltung wird ausgeführt, dass der Beamte nunmehr einen Rechtsanspruch auf eine erneute Berufung in das Beamtenverhältnis hat. Bedauerlicherweise hat es der Bürgermeister aber versäumt, durch die zuständigen politischen Gremien vor der Wiedereinstellung des Beamten die dafür notwendige Stelle zu schaffen, denn die ehemalige Stelle des Beamten war natürlich, da er seit Jahresende 2016 in den Ruhestand versetzt worden war, längst wieder anderweitig besetzt. Ich selbst habe dann nach umfassenden juristischen Recherchen dargelegt, dass die Aussage der Verwaltung, es besteht ein Rechtsanspruch des Beamten auf Wiedereinstellung, in dieser Pauschalität unzutreffend ist. Ein solcher Anspruch besteht eindeutig dann, aber auch nur dann, wenn der Beamte wieder voll dienstfähig ist. Ist er nur begrenzt dienstfähig, ist es umstritten, ob man ihn wieder einstellen kann oder darf oder muss. Völlig unabhängig davon muss man aber auch zuerst einmal eine entsprechende Stelle im Stellenplan schaffen und erst dann hätte man über die Wiedereinstellung des Ruhestandsbeamten und seine Reaktivierung diskutieren können. Auch die Kommunalaufsicht des Kreises hatte mir bestätigt, dass ihr ein solcher Fall einer eigenmächtigen Ernennung und Wiedereinstellung eines Beamten ohne vorherige Schaffung einer entsprechenden Stelle bisher noch nicht vorgekommen ist. Die Kosten, die der Stadt Ratzeburg hierdurch entstanden sind, liegen im soliden fünfstelligen Bereich. Entscheidend sind dabei weniger die Bezüge in den wenigen Monaten die der Beamte tatsächlich im Dienst war, denn er wurde am 01.12.2020 auch schon wieder wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt und in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit hat er sich den größten Teil in der Krankschreibung befunden. Entscheidend sind vielmehr die Versorgungslasten, die durch eine solche Wiedereinstellung entstehen, denn dass eigentlich im November 2016 beendete Beamtenverhältnis gilt nun als bis Dezember 2020 durchgängig als bestanden, ist versorgungsrechtlich auch so zu werten. Verstehen Sie mich auch hier bitte nicht falsch. Ich habe überhaupt nichts gegen diesen Beamten, den ich in seiner aktiven Dienstzeit als einen sachkundigen und kompetenten Mitarbeiter kennengelernt habe und ich habe auch gerade als Jurist überhaupt nichts gegen die durchaus spannende Frage, ob man einen begrenzt dienstfähigen Beamten wiedereinstellen kann oder darf oder soll. Meine Kolleginnen und Kollegen und ich haben aber ganz entschieden etwas dagegen, wenn eine solche kostenträchtige Maßnahme ganz ohne diese Diskussion und jegliche Beteiligung der Politik durch eigenmächtiges Handeln des Bürgermeisters einfach entschieden wird, in einer Art und Weise, die selbst für die Kommunalaufsicht einmalig ist. Es geht also auch hier nicht um die Sachfrage, soll man den Beamten X wieder einstellen, es geht wie immer nur um die Art und Weise wie der Bürgermeister mit dieser Sachfrage umgeht, in dem er ohne Einbeziehung der politischen Gremien hier entscheidet.

Das 2. Beispiel ist die mobile Bühne. Im September 2020 erklärte der Bürgermeister im Bericht der Verwaltung, dass er die Anschaffung einer mobilen Bühne für die Stadt Ratzeburg für etwa 35.000,- Euro plane. Er sei dafür alleine zuständig, die Politik habe hierüber nicht zu entscheiden. Die politischen Vertreter sahen dieses anders. Zum einen wegen der entsprechenden Kosten, für die im Haushaltsplan der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe keine ausdrücklichen Mittel eingestellt waren, zum anderen aber auch deshalb, weil durch die Anschaffung einer solchen Bühne der Stadt ja notwendigerweise eben diese Stadt selbst als Veranstalter mit entsprechenden Kontroll- und Verkehrssicherungspflichten auftritt. Eine Situation, die wir einige Zeit vorher in Bezug auf das allseits bekannte und beliebte Wylag gerade anders herum entschieden haben, wo wir gesagt haben, wir wollen nicht mehr Veranstalter sein. Von daher entschied die Politik die Angelegenheit an sich zu ziehen in die Stadtvertretung und sie dann an den AWTS, den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing zu delegieren. Der Bürgermeister erklärte dann öffentlich, er werde die Kommunalaufsicht einschalten und um Klärung der Frage bitten, wer denn für diese Entscheidung über die mobile Bühne zuständig sei. In den Lübecker Nachrichten äußerte er ausdrücklich: „Da erwarte ich Klarheit, wie ich künftig meine Arbeit weitermachen kann und soll.“ Am 14.12.2020 knapp 3 Monate später fragte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Uwe Martens, in einer Sitzung der Stadtvertretung den Bürgermeister, was denn eigentlich die Kommunalaufsicht zur Entscheidungszuständigkeit über die mobile Bühne gesagt habe. Und der Bürgermeister erklärte ausweislich des Sitzungsprotokolls: „dass die Kommunalaufsicht die Frage der Grundsatzentscheidung zur mobilen Bühne nicht weiter geprüft habe, da im Wirtschaftsplan keine Finanzmittel vorgesehen waren“. Am 12.05., das Datum hatte ich schon einmal genannt, das war der Termin der Fraktionsvorsitzenden beim Landrat, erfahren die Fraktionsvorsitzenden vom Landrat, dass die Kommunalaufsicht die Frage des Bürgermeisters sehr wohl deutlich und umfassend beantwortet hat und dass die Kommunalaufsicht den Bürgermeister ausdrücklich angewiesen hatte: „Das Ergebnis dieser Prüfung bitte der Stadtvertretung zur Kenntnis geben“. Nachdem der Bürgermeister dann auf Anforderung des Stadtpräsidenten das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 15.10.2020 vollständig vorlegte, erfuhren die Stadtvertreter mit gerade mal 7 Monaten Verspätung, dass die Kommunalaufsicht unter anderem festgestellt hat: „Die Entscheidung über eine entsprechende Mittelbereitstellung für die Anschaffung einer mobilen Bühne obliegt per Gesetz der Stadtvertretung“.

Verstehen Sie mich bitte auch hier nicht falsch. Es geht nicht um verschiedene Auffassungen zu der Sachfrage einer mobilen Bühne. In der Sache, der eine oder andere weiß es, bin ich kulturell durchaus engagiert und interessiert, hätten wir entsprechendes Geld hätte ich persönlich gar nichts gegen die Anschaffung einer mobilen Bühne. Wir sind aber in einer Haushaltslage, wo wir sparen müssen. Und wir sind in einer Situation, wo man über solche teuren Entscheidungen diskutieren muss. Es ist also auch hier nicht das Sachthema, das das Problem darstellt, sondern der Umgang des Bürgermeisters mit diesem Thema, hier sogar unter bewusster Missachtung einer eindeutigen Informationsaufforderung der Kommunalaufsicht. Wenn man jetzt denkt, das Thema mobile Bühne sei damit erledigt, dann täuscht man sich. In der AWTS-Sitzung am 10.11.2020 kommt das Thema erneut auf die Tagesordnung und es wird, da die finanzielle Situation nicht besser ist, auch beschlossen, dass man in 2021 keine mobile Bühne anschafft, weil die entsprechenden Kosten, die inzwischen auf insgesamt 60.000,- Euro angestiegen sind, nicht finanzierbar sind. Es wird eindeutig abgelehnt. Damit sollte man meinen, dass das Thema nun aber endgültig, jedenfalls für das Jahr 2021, erledigt sei. Aber in der AWTS-Sitzung vom 09.03.2021 ist über den Wirtschaftsplan der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe zu entscheiden und dort findet sich, ich glaube im 24seitigen Vermögensplan auf Seite 19 unter 9 unter Sonstiges, ein Planansatz von 42.500,- Euro für eine mobile Bühne, von 12.000,- Euro für Stühle und Sitzkissen und von 6.000,- Euro für die Bühnentechnik. Obwohl also politisch im September 2020 und im November 2020 eindeutig und unmissverständlich entschieden war, dass eine mobile Bühne nicht angeschafft werden kann, wird versucht über den Wirtschaftsplan, gewissermaßen durch die Hintertür, doch noch diesen Anschaffungswunsch durchzusetzen. Im Ausschussprotokoll der entsprechenden Sitzung heißt es: „Der Ausschuss kritisiert in der Diskussion deutlich und nachdrücklich, dass im Investitionsplan weiterhin die Position mobile Bühne aufgeführt wird, die Abwesenheit des

Bürgermeisters wird in diesem Zusammenhang bedauert.“ Der Bürgermeister fehlte bei dieser Sitzung. Auch wenn ich mich wiederhole. Der Ausschuss kritisiert nicht, dass man über das Thema einer mobilen Bühne diskutiert, es ist auch zulässig alle paar Jahre mit demselben Thema wieder zu kommen, der Bürgermeister hat es ja eben angedeutet, das kann man machen, aber der Ausschuss kritisiert die Art und Weise, wie hier durch die Hintertür versucht wurde, eine eigentlich klare politische Entscheidung über den Umweg des Wirtschaftsplans wieder auszuheben.

Lassen Sie mich in Bezug auf das Verhältnis zur Politik zu meinem letzten Beispiel kommen, die Treppenanlage in der Oelmannsallee, ein Vorgang, der ja nach Aussage des Bürgermeisters ungeheuer transparent dadurch abgewickelt wurde, was wir in Herzogtum direkt nachlesen konnten. Das Onlineportal berichtete in der Tat über diesen Treppenausbau. Am 26.10.2020 erfuhren wir von politischer Seite ebenso wie die Öffentlichkeit, dass diese Treppenanlage aufwendig erneuert wird. Am 19.01.2021 erfuhr man dann, dass die Treppenanlage nunmehr fertiggestellt ist und dass die Kosten sich auf etwa 80.000,- Euro belaufen. Inzwischen weiß ich durch Auskunft des Kämmers, dass sich die Gesamtkosten präzise auf 91.953,- Euro, also knapp 92.000,- Euro belaufen. Auf den Bildern vom 26.10. erkennt man, dass die Treppenanlage nicht etwa saniert, sondern von Grund auf neu aufgebaut wird und auf dem Bild vom 19.01.2021 erkennt man den Bürgermeister im Kreise der Mitarbeiter des Städtischen Bauhofes, der zu den Ratzeburger Wirtschaftsbetrieben gehört, dessen Werkleiter der Bürgermeister ist. Beide Mitteilungen sind, wie Herr Koech ja auch eben gesagt hat, als Pressemitteilung gekennzeichnet und kommen also proaktiv aus dem Rathaus. Eine solche Maßnahme, bei der es sich eben nicht mehr um eine bloße Wegeunterhaltung handelt, sondern um eine investive Maßnahme, hätte in der Sache von der Politik beschlossen werden müssen und die hierfür erforderlichen Mittel hätten ausdrücklich haushälterisch ausgewiesen und bereitgestellt werden müssen. Dass dieses versäumt wurde und die Maßnahme so nicht zulässig war, hat der Bürgermeister auch selbst in der Hauptausschusssitzung am 22.03. eingeräumt. Aber auch hier, Sie ahnen es schon, es ist nicht das eigentliche Sachthema problematisch. Natürlich kann und muss man in Zeiten knapper Kassen über die Sinnhaftigkeit einer Investition von knapp 92.000,- Euro für eine Treppenanlage diskutieren, während gleichzeitig der Finanzausschuss stundenlang über Einsparmöglichkeiten an den verschiedensten Stellen des Haushaltes nachdenkt. Aber es geht auch hier erneut wieder darum, wie der Bürgermeister mit diesem Sachthema und der unzulässigen Vorgehensweise der Verwaltung umgeht. Im Hauptausschuss erklärt der Bürgermeister hierzu, dass er von der Baumaßnahme des Bauhofes in Form einer 92.000,- Euro teuren kompletten Anlage erst durch die Fragestellung der Politik erfahren habe und bis zu diesem Zeitpunkt keine weitere Kenntnis von der Kostenträchtigkeit dieser Maßnahme gehabt habe. Nun könnte man meinen, es sei schon schlimm genug, dass der Bürgermeister als Werkleiter der Ratzeburger Wirtschaftsbetriebe einräumen muss, er habe von einer 92.000,- Euro teuren Baumaßnahme keine Kenntnis gehabt. Der Bürgermeister ergänzte dann aber in der Ausschusssitzung, dass die Maßnahme ja auch gar nicht von ihm veranlasst worden sei, sondern auf massiven Druck seines Amtsvorgängers Rainer Voß veranlasst worden wäre, auf die das Ganze zurückgehe, der schon vor Jahren gegenüber dem Bauhof ein besonderes Interesse an gerade dieser Treppenanlage geäußert habe. Als ich das im Hauptausschuss hörte, war ich mehr als irritiert. Man muss sich das einmal vorstellen. Eine Baumaßnahme aus dem Herbst/Winter 2020/2021 soll auf Veranlassung eines zu diesem Zeitpunkt, seit 1 ½ Jahren nicht mehr im Amt befindlichen Altbürgermeisters durchgeführt worden sein, dem damit letztlich damit die Verantwortung zugeschoben wird. Bedenkt man zusätzlich, wo der Altbürgermeister privat wohnt, wird einem auch deutlich, wie ehrenrührig eine solche Aussage des amtierenden Bürgermeisters ist. Wir haben es also erneut mit einer Situation zu tun, dass nicht ein bestimmtes Sachthema zu Differenzen zwischen Politik und Bürgermeister führt, sondern dass die persönliche Art und Weise des Umgangs des Bürgermeisters mit diesem Thema und mit den dabei offensichtlich gemachten Fehlern das Vertrauen der Politik zu diesem Bürgermeister zerstört. Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen.

Nach Auffassung aller in der Stadtvertretung vertretenden Fraktionen ist das Vertrauensver-

hältnis der Freiwilligen Feuerwehr, der Schulleitung der LG, des Vorsitzes des Schulverbandes Ratzeburg, eines Teils der Mitarbeiter und der Mitarbeiterinnen im Rathaus und der großen Mehrheit der politischen Vertreter zum Bürgermeister so nachhaltig beeinträchtigt oder zerstört, dass wir für die Einleitung eines Abwahlverfahrens plädieren. Grund ist nicht, die im politischen Raum selbstverständliche Tatsache, dass zu verschiedenen Sachthemen differierende Ansichten vertreten werden. Grund ist vielmehr aus unserer Sicht, dass der Bürgermeister aus Sachproblemen regelmäßig persönliche Probleme macht und Menschen die nicht seiner Meinung sind als persönliche Gegner betrachtet, dass dadurch massive und über die reine Sachebene weit hinausgehende persönliche Konflikte entstehen, für die der Bürgermeister dann als vermeintliche Konfliktlösungsstrategie entweder bei nachgeordneten Mitarbeitenden nur den Weg der Weisung und Anordnung kennt oder bei anderen Personen den Weg der subtilen Ausübung von Druck inklusive der Methoden der Informationsvorenthaltung oder der Fehlinformation. Viele der geschilderten Vorkommnisse erinnern mich an die ebenso alte wie richtige politische Binsenweisheit, man scheitert in der Politik nicht an seinen Fehlern, sondern am Umgang mit seinen Fehlern. Hinzu kommt, dass ganze ist mehr als die Summe seiner Teile. Jeder einzelne der dargestellten Sachverhalte würde isoliert für sich betrachtet kein Abwahlverfahren rechtfertigen. Die Summe der Vorfälle aber und vor allen Dingen die darin aus unserer Sicht erkennbar werdenden Defizite des Bürgermeisters im Hinblick auf seine Eignung für das Amt, lassen es allen Fraktionen der Stadtvertretung als notwendig erscheinen ein Abwahlverfahren einzuleiten und Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben selbst über die Frage zu entscheiden, ob Sie unsere Bedenken teilen. Ich habe in meiner Darstellung ganz bewusst auch die Daten der einzelnen Sachverhalte mit angesprochen, die Zerstörung des Vertrauensverhältnisses ging über Monate und Monate und der Bürgermeister hat jedes Mal von politischer Seite aber auch von den genannten Betroffenen die Rückmeldung bekommen, dass das Vertrauen mehr und mehr und mehr schwindet. Es gab Gespräche und Versuche der Verständigung von verschiedenen politischen Vertretern. Ich selbst habe am 07.05.2021 letztmalig mit dem Bürgermeister über den Vertrauensverlust gesprochen.

Auch ich möchte mit zwei persönlichen Bemerkungen enden. Mir ist bewusst, dass Gunnar Koech in Ratzeburg nach wie vor Menschen hat, die ihn unterstützen und die ihn für einen guten Bürgermeister halten. Das ist das gute Recht dieser Menschen, und wenn sie dieser Meinung sind, dann ist es ihre selbstverständliche Pflicht, sich für Gunnar Koech einzusetzen und gegen seine Abwahl zu sein. Es ist aber meine persönliche Pflicht als direkt gewählter Stadtvertreter meine Auffassung darzustellen, warum ich im Interesse der Stadt Ratzeburg für eine Abwahl bin. Ich möchte auch in den nächsten Jahren den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, der Schulleitung der LG, den Vertretern des Schulverbandes, den Mitarbeitenden im Rathaus und den Kolleginnen und Kollegen aus der Ratzeburger Politik in die Augen sehen können. Ich möchte ihnen in die Augen sehen und sagen können, ich habe von meiner Seite aus das Notwendige getan, um den Weg frei zu machen für einen Neuanfang. Und eine letzte Bemerkung. Wir urteilen nicht über den Menschen Gunnar Koech, wir bewerten alleine und ausschließlich die Frage, ob er für ein bestimmtes herausgehobenes Amt in Ratzeburg geeignet ist oder nicht. Die 5 in der Stadtvertretung vertretenden Fraktionen haben sich hierzu in den letzten Wochen und Monaten ihre Meinung gebildet und beantragen aus den von mir dargestellten Gründen die Einleitung eines Abwahlverfahrens. Es ist dann an den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Ratzeburg, sich ihre Meinung zu bilden und am Ende verbindlich zu entscheiden. Ich danke Ihnen.

Stadtpräsident:

Danke schön Herr Dr. Röger.

Nach der Tagesordnung kommen wir jetzt zur Abstimmung. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ne Herr Bürgermeister das geht nicht. Wir sind im Abstimmungsverfahren.

Auf Wunsch Ihrer Person ist dieser Tagesordnungspunkt von Ihnen vorgezogen worden. Eine Aussprache zu dem Antrag wird es jetzt nicht geben.

Bürgermeister Koech

Sie wollen mir allen Ernstes das Wort nicht erteilen?

Herr Röger möchten Sie darauf antworten?

Herr Dr. Röger:

Ich vertrete immer die Auffassung, andere Meinungen anzuhören.

Stadtpräsident:

Einen kleinen Moment. Herr Koech wie lange wollen Sie reden? Nein, nicht umfassend, in Kürze ja. Sie haben das Wort.

Bürgermeister Koech:

Ich hatte gehofft, dass es nicht unschön wird. Und ich habe mir auch wirklich Mühe gegeben, in meinem Statement diesen Konflikt nicht offen auszutragen. Aber sie haben gerade eben unmittelbar erlebt, dass es eben den Willen zum Gespräch nicht gibt. Und es gibt tatsächlich, ich werde jetzt zu den einzelnen Punkten kurz Stellung nehmen, weil so wie die Ausführungen gerade sind, gemacht worden sind, sind so wirklich nicht in Ordnung.

Fangen wir an mit der Baumaßnahme Oelmanssallee. Mir wird unterstellt, dass ich dem ehemaligen Bürgermeister sozusagen die Schuld in die Schuhe schieben möchte für diese Baumaßnahme. Ich habe im Ausschuss die Aussage gefällt, dass es eine uralte Angelegenheit, dass es erste Protokollberichte aus dem Jahre 2010 gibt, dass es sich also um eine Baumaßnahme gehandelt hat, die seit ganz vielen Jahren letztendlich im Schwebezustand war. Es gibt einen Antrag des Seniorenbeirates, dass diese Anlage endlich in Angriff genommen wird. Die Haushaltsmittel für die Sanierung oder Reparatur dieser Anlage sind in den Wirtschaftsbetrieben, standen zur Verfügung. Ich habe nicht den Auftrag dafür erteilt, weil die Wirtschaftsbetriebe in ihrer eigenen Organisation kucken, was für Sanierungsmaßnahmen anstehen und sie entscheiden auch dann, welche Maßnahmen genau durchgeführt werden. Angesetzt waren bei dieser Maßnahme 31.000,-- Euro, es gab dazu keine Berechnung. Das ist eine Größenordnung die ist ein alltägliches Geschäft, das wird nicht mit dem Bürgermeister besprochen, muss es auch nicht, das sind ganz normale Reparaturarbeiten, wenn wir irgendwelche Wege irgendwie sanieren, instand setzen, reparieren, dann ist das so. Diese Maßnahme war also eine ganz normale im Zuge der allgemeinen Arbeiten. Wir haben in den letzten 3 Jahren 15 große Maßnahmen durchgeführt. Die liegen alle im Bereich so zwischen 15.000,--, 20.000,-- bis an die 100.000,-- Euro heran. Das ist ein allgemein normaler Vorgang. Und die Wirtschaftsbetriebe und das Bauamt, die zuständige Abteilung, hatten sich jetzt dieses Projekt vorgenommen, was schon lange geplant war. Und dann ist es durchgeführt worden und jetzt wird dargestellt, als wenn es da eine Riesengeschichte ist, dass wir versucht haben, an der Politik vorbei eine Maßnahme umzusetzen, die normalerweise, völlig richtig, in der Volumengröße dann normalerweise über die Stadtvertretung gelaufen wäre. Aber, jetzt kommt das ganz entscheidende, die Maßnahme war geplant und durchgeführt als eine Reparatur, eine Instandsetzung. Das ist nicht der Bereich in dem die Stadtvertretung beteiligt wird. Es gab einen ganz einfachen Berechnungsfehler in den Wirtschaftsbetrieben, kann jeder nachschauen. Angesetzt waren 6 Mitarbeiter 6 Wochen. Ein Mitarbeiter liegt ungefähr so bei 6.000,--/7.000,-- Euro. Da hat einfach in den Wirtschaftsbetrieben jemand nicht auf das Multiplikationszeichen gedrückt und dann kam da unten raus 31.000,--/32.000,-- Euro. Und dann wurde die Maßnahme ganz normal begonnen. Und wenn so eine Maßnahme läuft und die Fehlberechnung in der Personalstruktur liegt, in der Personalberechnung, dann ist es etwas was definitiv während der gesamten Maßnahme gar nicht auffallen kann, weil es wird zwischendrin nicht irgendwie abgerechnet. So und jetzt ist es halt so, ja im Laufe dieser Maßnahme kann man mit Sicherheit sagen, dass aus der Reparatur defacto wohl eine Neuanlage entstanden ist. Ein Schaden der Stadt Ratzeburg ist dadurch nicht zustande gekommen. Ob ich das jetzt im Verwaltungshaushalt oder im Vermögenshaushalt unterbringe, das ist einfach eine fachliche Votierung, wo die Stadtvertretung völlig

Recht hat. Hätten wir das vorher so berechnet, hätten wir die Stadtvertretung mit einbeziehen müssen. Der Fehler ist erst danach aufgefallen und Sie können sicher sein, wenn die letzten 20 Jahre unkontrolliert wären, sie bis ins Detail gehen, werden sie mit Sicherheit immer wieder mal Maßnahmen finden im Reparaturbereich, wo wir darüber diskutieren können, ist es jetzt eine Neuanlage, dann geht es in den Vermögenshaushalt, dann ist die Stadtvertretung zu beteiligen oder ist es eine Reparatur. Es ist also ein ganz normaler Verwaltungsprozess der in diesem Fall nicht gut gelaufen ist, das ist ganz klar. Das Ergebnis ist gut. Die Mittel standen im Haushalt zur Verfügung für Reparaturen, Standardmittel die dafür eingesetzt werden. Das machen die Wirtschaftsbetriebe rein eigenverantwortlich, kucken die, wo ist was kaputt, da wird was repariert, es ist also ein Alltagsvorgang. Die Stadtvertretung hat sich zum Ziel gemacht, einen Alltagsvorgang zu einem Riesenproblem zu machen für den Bürgermeister. Es ist falsch, absolut falsch, dass ich meinem Vorgänger das in die Schuhe schieben will, sondern diese Aussage ist entstanden dadurch, dass das Protokoll, ein einmaliger Vorgang geändert worden ist, vom Ausschuss, wo dann die Betonung darauf gelegt worden ist, dass der Bürgermeister gesagt hätte, dass der ehemalige Bürgermeister verantwortlich ist. Der Protokollführer hat das abgelehnt, dieses Protokoll so zu unterschreiben. Also das haben Sie hergestellt, weil Sie diese Aussage so haben wollten. Ich habe ganz klar die Verantwortung dafür übernommen, dafür bin ich zuständig. Natürlich, das ist so, aber es ist völlig an den Haaren herbeigezogen, dass man versucht, das an Ihnen vorbei zu machen. Es ist ganz klar.

Gehen wir weiter. Wir hatten die Aussage der Gleichstellungsbeauftragten, waren viele Sachen die jetzt vorgetragen worden sind. Die Gleichstellungsbeauftragte hat einen Bericht abgegeben. Dieser Bericht ist eine Aussage, wie ich es vorhin schon gesagt habe, einer Mitarbeiterin der Fachbereichsleitung des Fachbereiches 4, eine Person, und die Aussage des Personalratsvorsitzenden des Schulverbandes, also die 2. Person. Dass ich mit der Mitarbeiterin des Fachbereiches 4 ein Problem habe, das gebe ich offen zu, das ist so. Das hier davon gesprochen wird, von jemanden der sich im Beamtenrecht auskennt, dass diese Mitarbeiterin eine Beamtin ist, einer Beamtenpflicht unterliegt, einer Folgepflicht unterliegt, von einer Aussage über irgendwelche Vorgänge in der Öffentlichkeit gar nicht tätigen darf und ich dadurch ganz normal als ihr Dienst- und Disziplinarvorgesetzter gezwungen bin, wenn sie so etwas tut, dann mich dementsprechend auch so zu verhalten und sie das disziplinar überprüfen zu lassen, hat sicher nichts damit zu tun, dass ich gegen diese Dame etwas persönliches habe, sondern dass sie einfach ein Dienstvergehen vollzog. Wenn man dann, dass sehen Sie auch deutlich, der Personalrat der Stadt Ratzeburg, keiner der 4 Personalräte hat sich in irgendeiner Form negativ zu mir geäußert. Er hat sogar ganz klar gesagt, es liegt nichts vor, seit Jahren. Und wenn einem das nicht reicht in der Stadtvertretung, suchen wir halt einen Personalrat, der gar nichts mit dem Bürgermeister zu tun hat und dann mache ich seine Aussage ganz wichtig und ganz groß. Dazu etwas.

Es wird hier gesagt, mir wird vorgeworfen, dass ich dem Schulverband mit irgendwelchen rechtlichen Konsequenzen gedroht habe. Dieser Personalratsvorsitzende des Schulverbandes hat die Stadtverwaltung, die Kernverwaltung aufgefordert, sich beim ULD selber anzuzeigen. Das haben wir genauso auch gemacht. Es ist also falsch, dass wir nicht gehandelt haben. Wir haben uns, so wie das vorgeschrieben ist, beim ULD angezeigt, so macht man das. Daraufhin gab es eine Stellungnahme des ULD, in dem das ULD ganz klar sagt, dass ein schwerwiegender Datenschutzverstoß nicht vorliegt. Das darf ich Ihnen heute sagen, weil wir erst am letzten Freitag das Gespräch mit dem neuen Datenschutzbeauftragten des Kreises, der dafür zuständig ist, der sich darum kümmert und der Datenschutzbeauftragte des Kreises hat mir bestätigt, dass es hier nicht um einen schweren Datenschutzverstoß geht, sondern dass es mit Sicherheit sein kann, dass es datenschutzrechtliche Probleme geben kann, aber nichts weiter. Hier werden zwei Personen, die ein persönliches Problem mit dem Bürgermeister der Stadt Ratzeburg haben, das ist durchaus der Personalratsvorsitzende des Schulverbandes und meine Fachbereichsleitung 4, also wirklich meine Damen und Herren, zwei Personen, werden an die Vorderwand geschoben und es wird so dargestellt, dass ein umfangreiches Problem besteht. Das ist eine vollkommen falsche Darstellung. Und ich kann Ihnen das ganz klar, in jedem Detail, jedem einzelnen, jederzeit, belegen.

Mir wird vorgeworfen, dass ich einen Beamten so nach eigenem Gutdünken wieder eingestellt habe. Dieser Beamte ist ein Mitarbeiter der Stadt Ratzeburg für viele, viele Jahre gewesen. Dieser Beamte ist kurz vor seinem Ruhestand zu uns gekommen und hat gesagt, ich habe festgestellt, dass ich eigentlich wieder fit bin und ich könnte durchaus wieder was tun, noch für ein halbes Jahr, dann ist mein Ruhestand. Dann ist es ganz vorbei. Dass was ich jetzt sage, weiß der Hauptausschuss und das weiß auch der Finanzausschuss, das wurde ganz offen kommuniziert. Wer hat jetzt die Entscheidung zu treffen. Dieser Mitarbeiter hatte noch ein halbes Jahr. Hätte ich jetzt den Ausschuss ganz normal an dieser ganzen Sache beteiligt, die Formalien eingehalten, dieser Mitarbeiter brauchte noch etwa ein halbes Jahr um seine seit vielen, vielen Jahren aufgearbeiteten Versorgungsbezüge auf einen Status zu bringen, der etwas besser für ihn gewesen wäre. Das war nicht der Hintergrund weswegen wir ihn wieder eingestellt haben, sondern es ging genau um diesen Fachbereich 4, wo Sie mir unterstellen, dass ich meine Fachbereichsleitung 4, den ganzen Fachbereich nicht unterstützen würde. Für Sie alle mal, wir hatten im letzten Jahr einen Ausfall im Fachbereich 4, der Fachbereichsleitung für ein halbes Jahr, sie war krank. Und wir hatten einen zweiten Ausfall einer zweiten Mitarbeiterin für über ein halbes Jahr. Wir hatten also eine ganz massive Notlage in diesem Bereich, wo nichts mehr ging. Und jetzt hatten wir einen Mitarbeiter, den wir kannten, der eine hohe Qualität hat, wir mussten die KiTa-Vereinbarungen vorbereiten, wir hatten ganz viel, was in dem Bereich im Fachbereich 4 passieren musste, und dieser Mitarbeiter hat gesagt, ich könnte euch helfen, ich habe ein halbes Jahr Zeit. Ich wusste, ich habe ihn auch maximal ein halbes Jahr, nicht länger, weil dann geht er in den Ruhestand. Und dann haben wir, ich habe mit meinem Hauptamtsleiter lange darüber geredet, was machen wir, holen wir uns ihn und dann haben wir jemanden an unserer Seite, der uns unterstützt und aus dem Fachbereich 4, die Mitarbeiterin die alleine noch da war, die diesen ehemaligen Mitarbeiter sehr gut kannte hat gesagt, das wäre für mich genau der Richtige, kann ich gut gebrauchen, und daraufhin haben wir entschieden, um dem Fachbereich 4 zu helfen, diesen Mitarbeiter einzustellen. Das der Mitarbeiter dann sich überschätzt hat und doch wieder sehr schnell krank geworden ist, ist sehr misslich und auch nicht schön. Das war es aber auch. Und nur mal zu Ihrer Information, wir haben noch im Herbst zwei Mitarbeiter für ein halbes Jahr eingestellt, so wie wir den auch geholt haben, bloß jetzt jemand anderes, der uns genau in diesen Aufgaben unterstützt hat. Das wir in dem Vorlauf hatten, dann ganz normal auch beteiligt bzw. ich darf das einfach auch entscheiden als Bürgermeister entscheiden. Ich darf bis zu einem halben Jahr, wenn Not am Mann ist, Not an der Frau ist, kann ich ganz normal einstellen. Also es ging in keiner Weise darum, dass wird die Politik irgendwie ausgrenzen wollten oder irgendetwas, sondern wir haben eine Notsituation.

.....

Kommen wir zum nächsten Punkt. Beschaffung einer Bühne. Ich habe Ihnen das vorhin schon gesagt. Für 2021, es ist ganz normal, die Verwaltung stellt einen Haushaltsplan auf, das heißt wir stellen den Haushaltplan auf, der wird der Stadtvertretung und den Ausschüssen vorgelegt. Da steht ganz normal die Empfehlung der Verwaltung drin, was wir gerne machen würden. Das ist unsere Aufgabe und das dürfen und das sollten wir auch tun. Und das die Verwaltung automatisch einfach sagt, weil die Stadtvertretung in 2020 gesagt hat, wir wollen die Bühne nicht, dann die Verwaltung sagt, dann ist das für uns so, dann brauchen wir sie auch nicht mehr zu wollen. Wir können ganz normal wieder in den Haushaltsplan das einstellen und wieder die Stadtvertretung fragen, Leute wird halten es für das Richtige das eine Bühne angeschafft wird. Das hier eine Summe in den Raum gestellt wird von 45.000,--/50.000,-- Euro ist so nicht richtig, weil wir haben die Zusagen einer Förderung gehabt zu 55%, also die Kosten bei der Stadt Ratzeburg also, wenn wir die Bühne angeschafft hätten, wären bei rund 20.000,-- Euro gewesen. Auch zu dem Vorgang der Beschaffung der Bühne ist es richtig, dass ich im Herbst gesagt habe, dass ich der Meinung war, dass das in den Wirtschaftsbetrieben in meiner Entscheidungsbefugnis liegt. Das war falsch und das habe ich auch übrigens ganz offen so kommuniziert. Ich war der Meinung, dass ich das entscheiden kann, weil wir die Summe in den Wirtschaftsbetrieben zur Verfügung hatten. Aber es war eine Fehlentscheidung bzw. eine Fehleinschätzung, denn ich habe ja gar nichts entschieden, sondern es war ganz einfach so, dass die Wirtschaftsbetriebe im Haushalt Über-

schüsse hatten und wir also genug Geld gehabt hätten eine Bühne zu beschaffen. Also Geld war da. Ich habe den Ausschuss ganz normal daran beteiligt und gesagt, ich habe das vor und die Mittel stehen zur Verfügung und ich bin der Meinung, dass ich das auch entscheiden kann. Daraufhin hat der Hauptausschuss anders als Sie das gerade dargestellt haben Herr Röger, daraus eine Grundsatzentscheidung gemacht und gesagt, die Entscheidung zieht er an sich bzw. die Stadtvertretung zieht die Entscheidung an sich. Das kann die Stadtvertretung jederzeit tun und es ist richtig, ich habe daraufhin die Kommunalaufsicht befragt, wie es sich richtig verhält. Die Kommunalaufsicht hat darauf hingewiesen, dass es keine Haushaltsstelle gibt, nicht Sie in der Politik haben das festgestellt, sondern die Kommunalaufsicht hat mir das mitgeteilt. Und das habe ich Ihnen mitgeteilt, so wie es im Protokoll auch steht. Und wir haben kein Wortprotokoll, sondern ich habe fast wörtlich einen ganzen Satz der Kommentierung der Kommunalaufsicht Ihnen vorgelegt. Die Entscheidung Ihrerseits, dass Sie die Bühne nicht haben wollten stand klar. Es ist auch nicht so, dass die Kommunalaufsicht mir geschrieben hat, ich habe Ihnen das zuzuführen. Sondern es ist richtig, es stand drin in dem Schreiben der Kommunalaufsicht, da es Nachfragen aus der Politik zu diesem Thema gibt, leiten Sie bitte diese Kommentierung der Kommunalaufsicht weiter. Die Kommunalaufsicht hat einfach nur festgestellt, dass es eben im Haushalt nicht eine Position Bühne gibt, deswegen kann es auch gar nicht beschlossen werden, sondern die Stadtvertretung muss erst mal so eine Haushaltsstelle schaffen und erst dann kann über eine Bühne entschieden werden. So, dass es offen kommuniziert werden muss, ist von mir gar nicht mehr in Frage gestellt worden und dass Sie keine Bühne haben wollten war klar. Dieses Schreiben der Kommunalaufsicht hätte dann dem Protokoll angeführt werden müssen. Richtig. Das ist auch nicht passiert. Ihre Entscheidung war eh gefällt. In dem Schreiben der Kommunalaufsicht steht nicht mehr drin als das, was ich Ihnen auch gesagt hatte. Dass es ein Fehler war, aber nicht irgendwas was ich an Ihnen vorbei gemacht habe, um unbedingt die Bühne umzusetzen.

Sie sprechen davon, dass ich einen Vertrag eines externen Dienstleisters an der LG eigenmächtig gekündigt hätte. Ja den habe ich nicht eigenmächtig, sondern da bin ich zuständig für als Bürgermeister, die Geschäfte habe ich zu führen. Und ich habe Ihnen gerade, um das mal zu erklären, gesagt, was wir da eigentlich gemacht haben. Wir haben seit einem Jahr einen Zustand am Gymnasium gehabt, der nicht funktionierte. Das wissen alle. Und wirft man ernsthaft dem Bürgermeister vor, dass er sich persönlich darum gekümmert hat, weil ich kein Personal im Fachbereich habe, keine Leute die sich darum kümmern können, sondern weil ich das tatsächlich ganz alleine gemacht habe, es gab glaube ich noch nie einen Bürgermeister, der so über seine Lauenburgische Gelehrtenschule bescheid weiß wie das in diesem Fall ist. Ich bin alleine hingefahren, ich habe die Gespräche mit Herrn Engelbrecht geführt. Stimmt's Herr Engelbrecht, wir haben uns viel unterhalten. Und normalerweise wäre das nicht meine Aufgabe gewesen, es wäre die Aufgabe gewesen des Fachbereichs 4, der ist aber gar nicht da gewesen, weil er krankheitsbedingt komplett am Boden lag. Und weil es mir darum ging, dass ich der Schule natürlich schnell helfe, habe ich mich intensiv darum gekümmert. Dabei ist aufgefallen, dass es Vergabeprobleme an der Schule gab. Das sind Dinge, die nicht in die Öffentlichkeit gehören und Herr Engelbrecht Sie wissen genau, dass das stimmt was ich gerade jetzt sage. Und ich habe übrigens Sie alle darüber informiert, denn darüber ist der Bürgermeister, da bin ich verantwortlich, wenn ich feststelle, dass es Vergabeprobleme gibt an der Schule dann muss ich einschreiten. Und zwar ganz einfach, ich habe Ihnen gesagt, es gibt ein Vergabeproblem und aus dem Grunde muss ich den Schulleiter beschränken. Das habe ich kommuniziert und Sie haben, wie Sie auch jetzt sagen, Sie können es gar nicht verstehen, warum es so passiert ist. Ich habe übrigens den ASJS-Vorsitzenden, vier Stunden Herr Radeck-Götz haben Sie das umfänglich Anfang Februar von allen Mitarbeitern der Verwaltung erklärt bekommen, in allen Einzelheiten und ich habe auch das Gefühl gehabt, Sie haben es verstanden, woran die Problematik lag. Ich habe Ihnen gesagt, warum wir den externen Dienstleister, warum wir uns von dem getrennt haben und ich habe Ihnen auch gesagt, warum ich den Schulleiter beschränken muss. Das haben Sie entweder nicht in die Fraktion kommuniziert, ich weiß es nicht, kann ich nicht sagen, aber die Informationen haben Sie bekommen und Herr Jäger Sie haben die Informationen genauso bekommen. Ich habe nichts Ihnen vorenthalten. Jetzt es darzustellen, als wenn es ein Rie-

senproblem ist für den Schulleiter, wenn er nicht mehr über 12.500,-- Euro verfügt, sondern wenn er nur noch 2.500,-- Euro, nur mal für Sie vom Ablauf, das bedeutet ganz einfach, ab 2.500,-- Euro prüft die Verwaltung nochmal, ob die Beschaffung so korrekt ausgeführt wird. Und ich kann Ihnen jetzt nicht vorlegen, wie umfänglich das Problem da ist, dass wir der Schulleitung und der Schule sagen was Vergaberecht ist, aber auch die Schule ist nun mal daran gebunden an die die Vorgaben der Stadt Ratzeburg, dass sie eben das Vergaberecht einzuhalten haben. Wie gesagt, ich stehe jedem zur Verfügung und kann Ihnen das genau erklären. Diese Stadtvertretung stellt das gerade als ein Riesenproblem dar, dass es unvorstellbar ist, dass der Schulleiter von 12.500,-- Euro auf 2.500,-- Euro reduziert ist. Die Stadtvertretung hat vor einigen Jahren bereits den amtierenden Bürgermeister Rainer Voß auf 5.000,-- Euro reduziert. Der Bürgermeister der Stadt Ratzeburg hat eine eigene Ermächtigung über 5.000,-- Euro. Das ist bis heute so. Und bei meinem Amtsantritt, dass ist die einzige Stadt wo das so ist, also wenn man mit seinem Bürgermeister überhaupt kein Problem darin sieht, der deutlich über ein größeres Volumen verfügt bzw. entscheiden muss oder verantwortlich ist, nicht entscheiden, sondern verantwortlich ist, seit Jahren kein Problem sieht und auf einmal bei einem Schulleiter, der eben für eine Zeit schauen muss, dass wir das einmal gemeinsam üben und dann ist gut, da ein Problem draus macht, das ist einfach nicht richtig.

Was den Fachbereich 4 generell angeht. Der Fachbereich 4, es wird behauptet, er wäre nicht unterstützt worden. Also einmal habe ich selber die Arbeiten des Fachbereichs 4 gemacht, also die Fachbereichsleitung, weil sie gar nicht da war, damit es weitergeht und dass zweite, wir haben insgesamt im letzten halben Jahr, also von November bis Anfang/Mitte April ist der Fachbereich 4 mit zusätzlich 50 bis 60 Stunden Personal unterstützt worden, im Digitalpakt für die KiTa-Geschichten und allgemeinen Verwaltungsarbeiten. Mir dann zu unterstellen, ich würde diesen Fachbereich personell oder wirtschaftlich nicht unterstützen, das ist einfach, mir fehlen die Worte, ich weiß gar nicht was ich dazu sagen soll. Dann wird mir vorgeworfen, dass ich ja mit dem Schulleiter nicht kommuniziere und das wird so herausgestellt. Sie können ja mal die zwei anderen Schulleiter mal fragen, drei haben wir, Pestalozzischule, für die Grundschule und für die Gemeinschaftsschule, wie häufig wir miteinander telefonieren. Normalerweise hat der Bürgermeister herzlich wenig mit dem Schulleiter zu tun. Dafür ist der Fachbereich 4, die Fachbereichsleitung zuständig, die ist für die Gespräche, nicht der Bürgermeister. In diesem Fall habe ich tatsächlich mit Herrn Engelbrecht etwas zu tun gehabt. Ja auch sehr viel, weil ich die Aufgaben meines Fachbereichs 4 übernommen habe. Aber als meine Fachbereichsleitung 4 wieder da war im Januar, von dem Moment ist sie dafür zuständig, und die Kommunikation über diesen Fachbereich hat stattgefunden. Wenn mir dann vorgeworfen wird, dass ich mich nicht persönlich um diese Gespräche kümmere, damit würde ich tatsächlich meinen Fachbereich 4 diskreditieren. Meine Leitung ist dafür zuständig und nicht der Bürgermeister. Mit Herrn Nitz habe ich, glaube ich, weiß ich nicht, das letzte Mal vor einem halben Jahr gesprochen oder wir haben uns mal, ich glaube ich habe ihn im Testzentrum getroffen, daraus jetzt so tun als würde ich mit dem Schulleiter nicht reden wollen, das ist einfach falsch. Das ist so nicht richtig.

Dann wird hier heute auch jetzt das Problem zur Feuerwehr angesprochen. Es wird jemand geholt, der gar nicht mehr aktiv ist, der ehemalige Wehrführer. Es ist aber nicht so, dass der jetzige Wehrführer, dass was Sie mir sagen, ich habe es sogar schriftlich, ich hätte diese schriftliche Aussage erzwungen, ist doch totaler Blödsinn. Ich habe ihn einfach gefragt, offen gefragt, jeder kann diese Mail lesen, ich habe ihn gebeten, Christian gibt es ein Problem, wirfst du mir etwas vor, was wirfst du mir vor, wenn du mir was vorwirfst, bitte sage mir das. Weil der Hauptausschuss ohne Befugnis, weil er es gar nicht darf, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zur Ausschusssitzung eingeladen hat und damit massive Verunsicherung in der Verwaltung ausgelöst hat, haben Mitarbeiter mir geantwortet, ich muss erstmal rechtlichen Beistand haben, ich muss erst mal fragen, und nicht weil ich irgendwas gegen sie habe oder tue. Es bleibt dabei, ich habe zu Christian kein schlechtes Verhältnis. Das wir durchaus mal unterschiedlicher Meinung sind, ist ganz klar. Und mir jetzt die Taucher-

gruppe unter die Schuhe zu schieben.

Das zweite ist was den Standort angeht. Es gab überhaupt keine politischen Gespräche zum zweiten Standort zu dem Zeitpunkt, sondern es gab einfach ein Schreiben des Bürgermeisters aus Ziethen, der gesagt hat, können wir eventuell helfen bei den Hilfsfristen. Das war ein Angebot zum Hilfsfristeneinsatz, es ging nicht um das da was übernommen wird. Dann habe ich mich, was normal ist unter Bürgermeistern, habe ich mich mit dem Bürgermeister aus Ziethen getroffen und er hat mir das erzählt. Und die Feuerwehr aus Ziethen hat mir gesagt wie sie das Ganze sieht. Da ist in der Zwischenzeit schon die Post abgegangen zwischen den Wehren, Unterstellungen von der einen auf die andere Seite, wir wollen die Vorstadt übernehmen und all sowas ähnliches. Sie haben dieses eine Schreiben rausgesucht, wo sich die Wehr Bäk, Mechow, Römnitz genötigt gesehen hat, weil es ein Schreiben durchaus von der Ratzeburger Wehr gab, wo umfänglich dazu Stellung genommen worden ist, dass hier dargestellt worden ist, dass die Ziethener oder die Bäk, Mechow. Römniitzer Wehr irgendetwas übernehmen will. Das ist einfach völlig ... Ich muss doch als Bürgermeister ganz normal prüfen können, können und wie können uns eventuell andere Wehren helfen. Das sind normale Gespräche gewesen, aus denen auch keine Beschlüsse entstanden sind oder so. Es wurden Vermutungen in den Raum gestellt, man hat sich gegenseitig angegriffen, aber im Grunde war nichts da. Die einen Kameraden aus der Wehr Ratzeburg hatten das Gefühl, man will ihnen irgendwas wegnehmen, die anderen fühlten sich sofort angegriffen, weil sie gesagt haben, wir haben doch gar nichts weggenommen, es war ein Zickenkrieg. Da wollten Sie sich in der Stadtvertretung mit beschäftigen?

Das ging da nicht darum und mir zu unterstellen, dass ich den zweiten Standort nicht wollte, nein, ich habe ganz normal geprüft mit der Kommunalaufsicht, mit den zuständigen Ebenen, wie sieht es damit aus. Es gab eine klare Aussage.

.....

Das will man als Bürgermeister. Ich habe das vorhin schon gesagt, gibt es durchaus unangenehme Aufgaben, denen man sich stellen muss und wenn ich dann Gespräche führe mit dem anderen Bürgermeister, den umliegenden Gemeinden, ob wir vielleicht eine Lösung, ob es eine Hilfeführung geben kann, ja, dann ist das so, das ist auch ganz normal und es ist nichts Verwerfliches. Der Wehr habe ich ganz sicher nicht damit geschadet, es sind keine Mittel gestrichen worden, die haben ihre Einsätze gemacht, die Leute haben sich aufgeregt. In erster Linie ist das Ganze durch die Tauchergruppe passiert. Wie das in der Tauchergruppe entstanden ist, dass wissen sie alle und der Finanzausschuss hatte immer die Probleme. Da habe ich tatsächlich als Bürgermeister den Riesenfehler gemacht, meine Damen und Herren, fasse niemals als Bürgermeister die Feuerwehr an und wirklich, ich, das kommt von Herzen, ich schätze die Kameradinnen und Kameraden. Mir zu unterstellen und mir zu unterstellen, dass ich was gegen die Feuerwehr habe, weil ich ganz normal den Auftrag des Finanzausschusses ausführe, zu gucken, wie sieht es denn mit den Tauchern aus und das Ergebnis liegt Ihnen vor und es ist nicht ein vom Bürgermeister gewolltes Vorhaben, nein, es gibt eine sachliche Grundlage, die ist eindeutig. Wenn die Stadtvertretung der Meinung ist, dass wir uns Taucher in Ratzeburg eben leisten wollen, zusätzlich zu den DLRG-Tauchern und ohne dass wir es müssen und ohne dass der Kreis das sagt und ohne dass das der Kreiswehrführer sagt und ohne dass es überhaupt eine gesetzliche Grundlage dafür gibt, dann können sie doch nicht von mir als Bürgermeister verlangen, dass ich den anderen Menschen in Ratzeburg, die nicht bei der Feuerwehr sind, sage, wir brauchen unbedingt eine Tauchergruppe. Da würde ich lügen. Das kann ich nicht und das werde ich nicht. Und wenn die Stadtvertretung meint, diese Mittel einsetzen zu wollen und zu sagen, wir brauchen eine oder wir wollen eine Tauchergruppe haben, dann ist das ihre Entscheidung, sie drücken sich vor der Entscheidung. Nicht ich, Sie drücken sich vor der Entscheidung. Und ich kann wunderbar damit leben, wenn Sie sagen, wir wollen eine Tauchergruppe haben, dann haben wir eine Tauchergruppe und dann ist das für mich völlig in Ordnung. An die Wehr: Ich habe nichts gegen die Taucher, das sind gute ausgebildete Leute, aber es ist nicht die Aufgabe der Stadt Ratzeburg, eine Tauchergruppe vorzuhalten. Das ist eine ganz nüchterne Feststellung.

Zu sagen, dass das Verhältnis zum Schulverband ein Problem darstellt - Frau Stricker sitzt

nicht hier und sagt, dass es ein Problem gibt. Keine Aussage der Schulverbandvorsteherin. Es gab ein Gespräch, was gerade jetzt erwähnt worden ist, was völlig ordentlich zu Ende gelaufen ist. Da war Herr Salzsäuler dabei und die Probleme mit dem Schulverband sind wieder auf die Personen Fachbereich 4 zurückzuführen. Denn sie ist eigentlich dafür da, dass Bindemitglied, Bindeglied zwischen Bürgermeister und Schulverband zu sein. Wenn diese Person aber ein Problem mit dem Bürgermeister hat und ihr Amt komisch einsetzt, dann ist das halt ein Problem, ja, das hab ich. Aber es ist die Kommunikationsart und -weise dieser Mitarbeiterin und nicht etwa das Problem mit dem Schulverband, mit Frau Stricker habe ich ganz normal Gespräche. Ich agiere auch nicht am Schulverband vorbei. Und das Vorgehen eines Mitarbeiters, d. h. des Schulverbandpersonalrates, der sich da so reinhängt, ja, weil die Stadtverwaltung ganz klar gesagt hat, es gibt eine Aussage des ehemaligen, nicht mehr im Amt befindlichen Datenschutzbeauftragten des Kreises, dass wir externen Dritten und das ist ein Schulverbandsmitarbeiter, nicht den Zugang zu städtischen Fachverfahren geben können, im Homeoffice, dann ist das eine rechtliche Grundlage, die für mich gilt.

.....
Und dass geht nicht darum - das ist übrigens der zuständige Personalratsvorsitzende des Schulverbandes, der gerade was gesagt hat. Und wenn dann z. B. gesagt wird, dass ich damit drohen würde oder ankündigen würde, dass der Bürgermeister dem Schulverband mit einer Klage droht, das basiert auf der Aussage dieser Mitarbeiterin, die einfach die Kommunikation der ULD nicht verstanden hat. Die ULD hat gesagt, mich aufgefordert, was ich übrigens dem Schulverbandsvorsteher und dem Schulverbandsvorstand so gesagt habe, wir müssen uns unbedingt unsere Vereinbarungen angucken, weil das ULD hat darauf hingewiesen, dass unsere Vereinbarungen nicht zeitgemäß sind und dass es durchaus sein könnte, dass wir dort durchaus ein datenschutzrechtliches Problem haben könnten und in keiner Weise damit verbunden ist, dass ich jemals gesagt habe, ich drohe dem Schulverband mit einem Rechtsverfahren, das ist totaler Blödsinn. Und es ist auch totaler Blödsinn, dass ich in einer Fachbereichsleiterrunde gesagt hätte, dass der Personalratsvorsitzende des Schulverbandes uns beim ULD angezeigt hat. Wenn die Mitarbeiterin das so ins Protokoll schreibt, also können sie jeden Fachbereichsleiter fragen, der dabei war. Ich habe ja mit dem Fachwirt, mit meinem Hauptamtsleiter zusammen, der mir selber und selber angekündigt, warum soll ich, also angezeigt, warum soll ich so einen Blödsinn sagen, einfach an den Haaren herbeigezogen. Und ich komme jetzt zum Ende, weil ich glaube, dass es für Sie dann auch schwierig, dass alles im Einzelnen nachzuvollziehen. Das was hier ganz klar deutlich wird, ist ja, diese Stadtvertretung lehnt mich ab und versucht, mit auf Gedeih und Verderb jetzt irgendwelche Fehler, irgendwas zu suchen, um mir irgendwas unterzuschieben, dass ich irgendwie Fehler, der Stadt Ratzeburg schade, irgendetwas mache. All das was hier vorgetragen worden ist, ist überhaupt nicht fundiert und es ist auch überhaupt nicht in irgendeiner Form klar zu belegen. Und zu sagen, dass es bei der Kommunalaufsicht Probleme gibt, es gibt bei der Kommunalaufsicht keine, es gibt kein einziges Verfahren, was bei der Kommunalaufsicht läuft gegen den Bürgermeister, nichts, gar nichts. Es gibt Anfragen, klar. Ich habe aber auch angefragt. Natürlich dafür sind sie da, um uns rechtlich zu beraten. Wir haben ein ernsthaftes Problem, das stimmt. Diese Stadtvertretung akzeptiert mich nicht als Bürgermeister und man versucht mir irgendetwas unterzuschieben, dass ich damit nicht korrekt umgehe. Die Verwaltungsmitarbeiter, die Verwaltungsmitarbeiter kann ich ganz sicher sagen, mit denen habe ich ein gutes Verhältnis, mit der gesamten Verwaltung, mit dem gesamten Personalrat und wenn man diese Aussage einfach nicht akzeptiert, ich habe Sie vorhin gebeten, und das war von Herzen, dass Sie bitte mal diese Verwaltung einfach als beratende Instanz akzeptieren und ja, auch der aus ihrer Sicht unerfahrene Bürgermeister, der in den 2 Jahren sehr viel, sehr viel Zeit damit verbrachte, sich mit der Gemeindeordnung auseinanderzusetzen, mit dem, was eben einfach dieses Amt mit sich bringt. Und wenn Sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ehrliches Gespräch führen, dann werden die Ihnen sagen, dass die nicht so unzufrieden sind mit meiner Arbeit. Und ich habe an ihnen vorbei keinen einzigen Beschluss versucht umzusetzen oder irgendetwas anderes, sondern natürlich bin auch ich ein gewählter Vertreter und auch ich habe natürlich den Anspruch, dass ich versuche, für die Ratzeburger Bevölkerung genau das umzusetzen, wofür man mich gewählt hat. Aber be-

stimmt nicht gegen sie, ganz sicher nicht, denn hätte ich Ihnen von der Bühne nichts erzählt, sondern ich habe Ihnen das gesagt und ich habe Ihnen ganz klar immer gesagt, was ich gerne machen will und was ich vorhabe. Und sie lachen jetzt über mich, dass ist sehr schade. Weil ich lache nicht über Sie. Weil ich finde das sehr traurig und sehr schade, dass Sie lieber den Konflikt mit mir suchen und Herr Röger, Sie haben z. B. gesagt, dass Sie ja mit mir ein Gespräch geführt haben, nee, sie haben mir nur gesagt, dass sie nicht mit mir reden, Sie haben mir nichts erklärt. Dass was Sie jetzt gerade vorgestellt haben, haben Sie mir nicht gesagt in dem Gespräch. Und Herr Hentschel, Sie sind aufgestanden in dem Gespräch, ich habe Sie eingeladen, ich habe Sie eingeladen, weil ich Sie gebeten habe, mir doch mal klarzumachen oder mir mitzuteilen, welche Probleme Sie wirklich haben. Ich habe Sie eingeladen. Und bei der Vorgehensweise, die Sie seit Wochen an den Tag legen, setze ich mich ganz sicher nicht in einen Raum alleine mit 5 Fraktionsvorsitzenden ohne irgendeine Begleitung. Deswegen hat neben mir, weil sie das Personal ansprechen, der Personalratsvorsitzende gesessen und auf der anderen Seite mein Hauptamtsleiter, um mich fachlich zu begleiten und die 5 Fraktionsvorsitzenden sind in den Raum gekommen, Herr Hentschel hat sich sofort beschwert, dass das ein Vertrauensbruch war, dass ich da nicht alleine sitze, sind gegangen und haben gesagt, das finden sie daneben. Machen Sie das auch, wenn Sie auf eine Party gehen, wo Sie eingeladen, wo da steht irgendjemand, den sie nicht kennen, dann sagen Sie, da gehe ich doch nicht hin, was soll das. Es ist einfach, Sie wollen nicht mit mir reden und es ist schade. Es ist wirklich schade. Und wenn Sie jetzt die Bevölkerung fragen, dass die Bevölkerung unsere Probleme lösen soll, das kann die Bevölkerung nicht, sondern das haben wir zu tun. Und wir können das nur machen, wenn wir miteinander reden. Und ich bleibe dabei, Sie haben mit mir bis heute nicht geredet. Das haben Sie nicht getan. Sie haben immer nur versucht, mit anderen über mich zu reden, aber das Gespräch mit mir persönlich, hat keiner von Ihnen gesucht, und seit einem halben Jahr ist das so.

Stadtpräsident:

Herr Dr. Röger bitte.

Herr Dr. Röger:

Keine Sorge, es wird deutlich kürzer. Es ist immer gut, jemanden ausreden zu lassen, weil man immer noch neue Erfahrungen sammeln kann und neue Erkenntnisse gewinnt. Ich habe Sie richtig verstanden Herr Bürgermeister, dass Sie eben gesagt haben, die betreffenden Personen haben sich rechtlichen Beistand geholt, weil sie nicht wussten, wie sie mit dem Hauptausschuss umgehen sollen. Das war eine Frage an Sie. Ich will nur sicher sein, dass ich das genau richtig verstanden habe. Sie haben eben gesagt, die betreffenden Personen, die sich rechtlichen Beistand geholt haben, haben das deshalb gemacht, weil der Hauptausschuss sie eingeladen hat. Zusatz für die Bürgerinnen und Bürger: Der Hauptausschuss hat sie auch wieder ausgeladen, weil wir selber auch gemerkt haben, dass wir sie nicht anhören können und sollten, deshalb haben wir sie auch wieder ausgeladen. Habe ich Sie richtig verstanden?

Bürgermeister Koech:

Das habe ich so interpretiert.

(Vorstehender Kursiv gedruckter Satz wurde nach Beschluss durch die Stadtvertretung vom 20.09.2021 eingefügt.)

Herr Dr. Röger:

Also Sie interpretieren, dass diese Mitarbeiter sich rechtlichen Beistand geholt hätten wegen des Hauptausschusses, das ist Ihre Interpretation. Gerade klang es noch so, als sei das Ihre Erkenntnis, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich diesen Beistand nur wegen des Hauptausschusses und nicht etwa wegen des von Ihnen ausgeübten Drucks geholt hätten. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Jetzt ist es plötzlich nur noch eine Interpretation. Und meine Damen und Herren, ich hatte glaub ich vor vielen Jahren mal Mathematik als

Abiturfach und dann hat man an die Kette einer langen Beweisführung am Ende immer 3 Buchstaben geschrieben, QED, quod erat demonstrandum, damit haben wir beendet, was man beweisen musste und das was der Bürgermeister gerade vorgetragen hat, kann ich nur mit QED unterzeichnen, es ist genau der Beleg dafür, was ich Ihnen vorher etliche Minuten lang erläutert habe. Es geht nicht um irgendwelche Berechnungsgrundlagen und Fehler bei der Ölmannsallee, es geht nicht um irgendwelche Details im Vergaberecht. Es geht um die Art und Weise, wie ein Bürgermeister mit der Wahrheit, der Transparenz, der Offenheit und der Kommunikation umgeht. Wir haben gerade live erlebt, innerhalb von 2 Minuten wird aus der Aussage, die Mitarbeiter haben sich Rechtsschutz wegen des Hauptschusses geholt, die Aussage, och ich habe das gerade mal so interpretiert. Ich habe mit den Mitarbeitern gesprochen, ich interpretiere nicht, ich weiß, warum sie sich den Rechtsschutz geholt haben und es war nicht der Hauptausschuss.

Letztes Wort zum Thema Ölmannsallee, wo ja angeblich 11 Ausschussmitglieder etwas falsch verstanden haben, was nur der Protokollführer und der Bürgermeister richtig verstanden haben in Bezug auf die Aussage der Verantwortungsverlagerung auf den Altbürgermeister. Erfreulicherweise waren die Lübecker Nachrichten auch vor Ort und ich zitiere wörtlich aus dem Artikel der Lübecker Nachrichten, die wiederum wörtlich den Bürgermeister zitieren: „Die Maßnahmen sind über viele Jahre unter massiven Druck meines Vorgängers, der ein anderes Interesse daran hatte, in Richtung des Bauhofes mehrfach ausgesendet worden und sind letztendlich vom Bauhof umgesetzt worden. Unter massiven Druck meines Vorgängers, nichts Anderes haben wir im Hauptausschuss dann auch im Protokoll drinstehen haben wollen. Danke.

**Top 5.1 - 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung v. 25.05.2021
Einleitung eines Abwahlverfahrens gegen Bürgermeister Gunnar Koech gemäß § 57 d Abs. 1 Satz 2 Nr.1 GO Punkt ZZ, Antrag der Fraktionen der CDU, FRW, SPD; Bündnis 90/ Die Grünen, BfR**

So ich glaube, wir können jetzt zur Abstimmung kommen, ja, TOP 5.1.

Der Antrag der Fraktionen der Stadtvertretung der Stadt Ratzeburg liegt Ihnen vor. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um Handzeichen. Danke. Gegenstimmen, Enthaltungen? Bei 2 Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen. Danke.

.....

Ja, ich darf dann mal die Ja-Stimmen für den Antrag, ja, wieviel das waren insgesamt, ja, ja, fürs Protokoll, qualifizierte Mehrheit, gut.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt die Stadtvertretung, ein Abwahlverfahren gegen Bürgermeister Gunnar Koech gemäß § 57d Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 GO einzuleiten.

Der Stadtpräsident stellt fest, dass die für den Beschluss notwendige qualifizierte Mehrheit erreicht wurde.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 2

Top 5.2 - 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung v. 25.05.2021
Untersagung der Führung der Dienstgeschäfte gegenüber Bürgermeister Gunnar Koech gemäß § 57 d Abs.2, Satz 3 GO sowie Untersagung des Aufenthaltes in den Diensträumen gemäß § 48 Abs. 2 LBG.(gem. Beschluss des HA vom 10.05.2021

Dann kommen wir zum nächsten TOP 5.2 – Untersagung der Führung der Dienstgeschäfte. Wird dazu das Wort gewünscht? Der Antrag liegt Ihnen vor. Herr Dr. Röger bitte.

Herr Dr. Röger:

Auch hier eine nur kurze Anmerkung. Die Nebenfolgen der Einleitung des Abwahlverfahrens sind aus Sicht aller Fraktionen notwendig, gerade auch, weil im Rathaus der Umgang des Bürgermeisters aus unserer Sicht derart ist, wie er sich dargestellt hat und wie ich ihn erläutere und wir halten es für sinnvoll, im Interesse der Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Verwaltung dieses zu tun. Uns ist bewusst, dass der hauptamtliche Bürgermeister dann fehlen wird, ein hauptamtlicher Bürgermeister, der entsprechend diese Aufgabe wahrnimmt. Wir haben aber von der Gemeindeordnung vorgesehen, einen stellv. Bürgermeister, der hat wiederum auch zwei Stellvertreter und damit besteht die Möglichkeit, die Aufgabenlast auf mehrere Schultern zu verteilen und ich sage auch einmal ganz offen, es ist auch durchaus so, dass Fachdienste und Fachbereiche auch ein gewisses eigenständiges Potential haben und nicht permanent beaufsichtigt werden müssen, deshalb vertrauen wir darauf, dass das für eine Übergangszeit eine tragbare Lösung ist.

Stadtpräsident:

Dankeschön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag unter 5.2 seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um Handzeichen. Danke. Gegenstimmen, Enthaltungen? Bei 2 Enthaltungen mehrheitlich so beschließen und die erforderliche Mehrheit ist auch gegeben. Danke, ist die qualifizierte Mehrheit.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Hauptausschusses beschließt die Stadtvertretung, Bürgermeister Gunnar Koech gemäß § 57d Abs. 2 Satz 3 GO die Führung der Dienstgeschäfte bis zur Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses des Abwahlverfahrens durch die Abstimmungsleiterin oder den Abstimmungsleiter sowie gemäß § 48 Abs. 2 LBG den Aufenthalt in den Diensträumen zu untersagen.

Der Stadtpräsident stellt fest, dass die für den Beschluss erforderliche qualifizierte Mehrheit erreicht wurde.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 2

Top 6 - 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung v. 25.05.2021
Anträge

Wir kommen zum TOP 6 – Anträge

Bei mir schriftlich ist kein Antrag eingegangen. Gibt es jetzt Anträge? Das ist nicht der Fall.

**Top 7 - 19. (Sonder-)Sitzung der Stadtvertretung v. 25.05.2021
Anfragen und Mitteilungen**

Dann kommen wir zum TOP 7 – Anfragen und Mitteilungen

Wird dazu das Wort gewünscht? Auch das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich die Sitzung um 19:44 Uhr, Entschuldigung 20:45 Uhr. Ich wünsche allen einen guten Heimweg und bleiben Sie gesund. Danke.

Ende: 20.45 Uhr

gez. Otfried Feußner
Vorsitzende/r

gez. Lutz Jakubczak
Protokollführung